

Berichte

Entwicklungen des Verfassungsrechts im europäischen Raum

JOSÉ MARÍA PORRAS RAMÍREZ: Die Institution der politischen Partei im Königreich Spanien	565
Vgl. NF 56 (2008), 479: Azpitarte; 57 (2009), 601: Balaguer Callejón	
XABIER ARZOZ: Verfassungsentwicklung im Baskenland (2000–2009)	603
Vgl. NF 43 (1995), 541: Corcuera Atienza	
OSMAN CAN: Parteiverbote in der Türkei: Instrument einer wehrhaften Demokratie?	635
Vgl. NF 32 (1983), 507: Hirsch; 36 (1987), 179: Rumpf	
ULRICH KARPEN: Der Distrikt Brčko – Verfassung und Recht	665
Vgl. NF 45 (1997), 290: Textanhang (Häberle); 50 (2002), 493: Sarčević	

Entwicklungen des Verfassungsrechts im außereuropäischen Raum

Amerika

ANTONIO M. HERNÁNDEZ: The Distribution of Competences and the Tendency Towards Centralization in the Argentine Federation	687
Vgl. NF 54 (2006), 713: Ferreyra	
Sachregister	703

DAS ÖFFENTLICHE RECHT DER GEGENWART

JAHRBUCH DES
ÖFFENTLICHEN RECHTS
DER GEGENWART

NEUE FOLGE / BAND 59

HERAUSGEGEBEN VON

PETER HÄBERLE

Mohr Siebeck 2011

Dieser Sonderdruck ist im Buchhandel nicht erhältlich.

Inhaltsverzeichnis

60 Jahre Deutsches Grundgesetz (Dritte Folge)*

CLAUS ROXIN: 60 Jahre Grundgesetz aus der Sicht des Strafrechts	1
JÖRG NEUNER: 60 Jahre Grundgesetz aus der Sicht des Privatrechts	29
FRITZ RITTNER/MEINRAD DREHER: 60 Jahre Grundgesetz und das Wirtschaftsrecht	59
EBERHARD EICHENHOFER: 60 Jahre Grundgesetz und Sozialrecht	97
CHRISTIAN WALDHOFF: 60 Jahre Grundgesetz – aus der Sicht des Steuerrechts . . . Vgl. NF 56 (2008), 141: Osterloh	119
PETER-CHRISTIAN MÜLLER-GRAFF: 60 Jahre Grundgesetz aus der Sicht des Europarechts	141
Vgl. NF 49 (2001), 1: Böttcher/Mahrenholz/Tsatsos/Hirsch	
PETER GRAF KIELMANSEGG: 60 Jahre Grundgesetz. Anmerkungen eines Politikwissenschaftlers	169
YOUNG HUH: 60 Jahre Grundgesetz aus der Sicht Koreas	199
Vgl. NF 35 (1986), 575: Kim; 38 (1989), 565: Huh; 48 (2000), 471: Huh	

Abhandlungen

ANDREAS VOSSKUHLE: Die Landesverfassungsgerichtsbarkeit im föderalen und europäischen Verfassungsgerichtsverbund	215
Vgl. NF 42 (1994), 325: Rinken	
CHRISTOPH ENDERS: Das Bekenntnis zur Menschenwürde im Bonner Grundgesetz – ein Hemmnis auf dem Weg der Europäisierung?	245
Vgl. NF 57 (2009), 89: Dederer	
HELMUTH SCHULZE-FIELITZ: Meinungs- und Religionsfreiheit im verfassungsdogmatischen Vergleich	259

* Zweite Folge in JöR 58 (2010), S. 1–117; Erste Folge in JöR 57 (2009), S. 1–87.

Das subjektive internationale Recht

von

Prof. Dr. iur. Anne Peters, Universität Basel

I. Problemstellung

Das subjektive Recht bringt die Würde des Menschen zur Geltung.¹ Die im subjektiven Recht „angelegten Elemente der Personalität und Individualität“² sind Ausprägungen eines Menschenbildes, das seit der Allgemeinen Menschenrechts-erklärung von 1948 auch dem Völkerrecht zugrunde liegt.³ Deshalb ist die Gewährleistung subjektiver Rechte eine der Grundbedingungen einer freiheitlichen internationalen Ordnung, die unter der internationalen „rule of law“ steht und in neuerer Zeit auch demokratische und soziale Leitprinzipien zu verwirklichen sucht. Das Ziel dieses Beitrags ist, erstens, positiv zu zeigen, dass das gegenwärtige Völkerrecht das Institut des subjektiven internationalen Rechts kennt, und zweitens normativ zu begründen, dass diese Rechtsentwicklung mit den grundlegenden Wertvorstellungen des sich konstitutionalisierenden Völkerrechts in Einklang steht. Es soll also, ausgehend vom empirischen Befund der angewachsenen völkerrechtlichen Individualrechte und -pflichten, die Existenz des subjektiven internationalen Rechts dogmatisch hergeleitet, theoretisch eingefasst und ethisch gerechtfertigt werden.

Im völkerrechtlichen Diskurs taucht der Begriff des subjektiven Rechts kaum auf. Jedoch wird die Diskussion um einen Begriff geführt, der als Spiegelbild gelten kann, den des *Rechtssubjekts*. Hier soll der Begriff des subjektiven internationalen Rechts in die Debatte eingeführt werden, um eine Entwicklung auf den Punkt zu bringen, die den einzelnen Menschen zum primären Völkerrechtssubjekt hat werden lassen. Der Mensch hat nicht nur eine Reihe subjektiver internationaler Rechte (im Plural), sondern ihm kommt weitergehend Völkerrechtssubjektivität (Völkerrechtspersönlich-

¹ Deshalb ist auch die Subjektstellung des Einzelnen die „Leitidee“ des Grundgesetzes (BVerwGE 1, 159 (161) (1954)).

² Eberhard Schmidt-Aßmann, in: Theodor Maunz/Günter Dürig, Grundgesetzkommentar (57. Aufl. München: Beck 2010), Art. 19 Abs. 4 GG, Rn. 117.

³ Die Präambel der Allgemeinen Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948 beginnt mit den Worten: „Da die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt bilden, ...“.

keit) kraft seines Menschseins zu. Hintergrund dieses Befundes ist, dass Individuen in jüngster Zeit immer mehr internationale Rechte, auch unterhalb der Schwelle der Menschenrechte, erworben haben. Gleichmaßen werden ihnen völkerrechtliche Pflichten, etwa zur Unterlassung von Völkerrechtsverbrechen, auferlegt. Die Subjektstellung entwickelt sich sowohl auf der Primär- als auch auf der Sekundärebene. Einzelpersonen können Beteiligte am internationalen Verantwortungsverhältnis, das durch einen Völkerrechtsbruch entsteht, sein. So wie die Rechte des Menschen im nationalen öffentlichen Recht nicht zwingend auf die Grundrechte beschränkt sind, kann es auch im Völkerrecht subjektive „einfache“ Rechte geben. Die massive Zunahme solcher Rechtspositionen hat nicht nur eine quantitative Bedeutung. Zusammen mit einer progressiven Interpretation des Menschenrechts auf Rechtsfähigkeit bewirkte sie – und das ist die These – einen *qualitativen Sprung* zur Etablierung einer originären und nicht sachlich beschränkten Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen.

Die Ansicht, dass Individuen nicht nur die eigentlichen Nutznießer des Völkerrechts, sondern die letztlichen oder sogar einzigen Rechtssubjekte dieser Ordnung seien, wurde insbesondere von Völkerrechtsgelehrten der Zwischenkriegszeit vertreten.⁴ Jener internationale Individualismus, der die Kodifikation internationaler Menschenrechte vorbereitete, war nicht nur eine Reaktion auf die Gräueltaten des ersten Weltkrieges. Er war auch maßgeblich von demokratischem Gedankengut und von der Furcht vor der Massengesellschaft getragen. Die individualistisch ausgerichteten Völkerrechtler der 1920er und '30er Jahre spürten den Aufstieg des Totalitarismus und versuchten, das Individuum davor mit Hilfe des internationalen Rechts zu schützen⁵ – vergeblich, wie der baldige Ausbruch des zweiten Weltkrieges zeigte. Aus dieser Katastrophe erwuchs der zweite Pfeiler der Rejustierung und Zentrierung des internationalen Systems auf das Individuum hin, in Gestalt der Nürnberger Prozesse von 1946. Diese Kriegsverbrecherprozesse postulierten die Verantwortung und

⁴ So insbesondere von *Georges Scelle* (Nachweise unten Fn. 39–41). *Hans Kelsen*, Les rapports de système entre le droit interne et le droit international public, Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law 14 (1926/IV), 231–329 (281): „L'idée qu'il y aurait entre l'État et les individus, et par suite d'État à État, des rapports qui ne seraient pas des rapports entre individus est une simple illusion, qui ne s'explique que par l'inadmissible hypostase de l'État en un surhomme.“ Nach *Nicolas Politis* befand sich bereits in der Zwischenkriegszeit das Völkerrecht in einer Umbruchphase vom internationalen Recht der Staaten zu einem genuin universellen Recht der Menschen. Weil die Staaten lediglich Fiktionen seien und aus Menschen bestünden und alles Recht letztlich dem Menschen dienen solle, habe das Völkerrecht als soziales Produkt keine andere Struktur als das nationale Recht (*Nicolas Politis*, Les nouvelles tendances du droit international (Paris: Hachette 1927), 55–93, insb. 76f.). *Maurice Bourquin* diagnostizierte „une poussée, chaque jour plus visible, en faveur de ce qu'on pourrait appeler l'émancipation internationale de l'individu.“ (*Maurice Bourquin*, Règles générales du droit de la paix, Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law 35 (1931/I), 5–229 (46)). Auch *James Brierly* lehrte „en dernière analyse, seuls les individus sont susceptibles d'être sujets de ce droit-là [i.e. des Völkerrechts]“. (*James Leslie Brierly*, Règles générales du droit de la paix, Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law 58 (1936/IV), 5–237 (47)). Siehe ferner *Jean Spiropoulos*, L'individu en droit international (Paris: Librairie générale de droit et de jurisprudence 1928).

⁵ *Janne Elisabeth Nijman*, The Concept of International Legal Personality: An Inquiry into the History and Theory of International Law (Den Haag: TMC Asser Press 2004), 87, 126–127, 130, 147–48, 171, 187, 225 und *passim*.

Strafbarkeit von Menschen kraft Völkerrecht und entzogen den Tätern das Schutzschild des Staates, hinter dem sie sich zu verschanzen suchten.

Seitdem hat sich das geltende Völkerrecht in die Richtung, die von den Wissenschaftlern der 1920–30er Jahre vorgezeichnet wurde, markant weiter entwickelt. Zeitgenössische Völkerrechtslehrer stellen eine Umwandlung des internationalen Systems fest. Gegenwärtig bewege sich „die internationale Gemeinschaft ... fortschreitend von einem souveränitätszentrierten zu einem wertorientierten oder individualszentrierten System.“⁶ Die Einbeziehung von Individuen in das Völkerrecht, weit jenseits der Menschenrechte, sei zum „Grundaxiom“ der Völkerrechtsordnung geworden.⁷ Es wird ein Paradigmenwechsel „vom Völkerrecht zum Weltrecht“,⁸ vom „internationalen Recht zum neuen globalen Recht“,⁹ zum „neuen *Jus Gentium* der Menschheit“,¹⁰ oder eine „Humanisierung des Völkerrechts“ diagnostiziert.¹¹

II. Der Mensch als Subjekt des Völkerrechts

Die wissenschaftliche Anerkennung der Völkerrechtspersönlichkeit (Völkerrechtssubjektivität) des einzelnen Menschen, hier vorläufig verstanden als seine Fähigkeit, internationale Rechte und Pflichten zu haben, hängt vom ideellen Vorverständnis und von der dogmatischen Begrifflichkeit des Beobachters ab. Die historischen Paradigmen und die variierende Terminologie sollen hier deshalb kurz nachgezeichnet werden, um im Anschluss daran einen rechtstheoretisch zweckmäßigen Begriff der Völkerrechtspersönlichkeit vorzuschlagen und die Völkerrechtssubjektivität des Individuums auf eine neue Rechtsgrundlage zu stellen.

1. Ideengeschichte

Rechtssubjektivität ist die Fähigkeit, ein subjektives Recht innezuhaben und nicht lediglich dem objektiven Recht unterworfen zu sein. Die Dogmengeschichte des subjektiven Rechts ist bekannt. Das römische „*ius*“ (im Gegensatz zur „*lex*“) bezeichnete noch nicht ein subjektives Recht oder Anspruch im heutigen Sinne, son-

⁶ *Christian Tomuschat*, International Law: Ensuring the Survival of Mankind on the Eve of a New Century: General Course on Public International Law, Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law 281 (1999), 11 ff. (237; Übersetzung der Verf.).

⁷ *Oliver Dörr*, Privatisierung des Völkerrechts, Juristen-Zeitung 60 (2005), 905–916 (905); siehe auch *P. K. Menon*, The Legal Personality of Individuals, Sri Lanka Journal of International Law 6 (1994), 127–156 (148).

⁸ *Angelika Emmerich-Fritsche*, Vom Völkerrecht zum Weltrecht (Berlin: Duncker & Humblot 2007).

⁹ *Rafael Domingo*, The New Global Law (Cambridge: CUP 2010), 123.

¹⁰ *Antônio Augusto Cançado Trindade*, International Law for Humankind: Towards a New *Jus Gentium*, Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law 316 (2005), 9–444.

¹¹ *Theodor Meron*, The Humanization of International Law (Leiden: Martinus Nijhoff 2006). Siehe auch *Antonio Cassese*, The Human Dimension of International Law: Selected Papers (hrsg. von Paola Gaeta/Salvatore Zappalà, Oxford: OUP 2008).

dern war mehrdeutig.¹² In einer dem gegenwärtigen Verständnis entsprechenden Bedeutung wurde der Begriff „ius“ erst im 14. Jahrhundert von *William von Ockham* verwendet und von *Thomas Hobbes* weiter ausgefaltet.¹³

Rechte von Einzelnen waren in der ab dem 16. Jahrhundert wissenschaftlich bearbeiteten Disziplin des *ius naturae et gentium* präsent. Ihr ging es nicht um Rechtsbeziehungen zwischen unabhängigen Gemeinschaften (Staaten), sondern um die universale Geltung bestimmter Normen für alle Völker und alle Menschen.¹⁴ Weil letztlich alles Recht aus der Natur abgeleitet wurde, war das Völkerrecht nicht deutlich vom nationalen Recht getrennt. Dementsprechend wurden auch die jeweiligen Akteure nicht scharf unterschieden. Damit blieb der Einzelne in die Natur- und Völkerrechtsordnung eingebettet.

Es ist deshalb kein Zufall, dass der Keim des naturrechtlichen Gedankens, dass der Mensch seines Menschseins wegen rechtsfähig sei, in diesem Kontext gelegt wurde. So argumentierte *Francisco de Vitoria* in seinen 1557 posthum veröffentlichten *Relectiones*, dass die Ureinwohner von Amerika in den spanisch bzw. portugiesisch eroberten Gebieten Rechte und Ansprüche sowohl im öffentlichen Recht als auch im Privatrecht hätten, genau wie Christen, weil niemand von Natur aus Sklave sei.¹⁵ *Hugo Grotius'* *De iure belli ac pacis* von 1625 gilt als die erste (in einem rationalisierten Naturrecht fundierte) Konstruktion eines Rechtssystems auf der Basis von subjektiven Rechte anstelle von objektivem Recht.¹⁶

¹² Das naturrechtlich geprägte „ius“ wurde eher im Sinn einer gerechten Zuteilung verwendet. Grundlegend hierzu *Michel Villey*, *La formation de la pensée juridique moderne: Cours d'histoire de la philosophie du droit* (Paris: Les Ed. Domat-Montchrestien 1975); *Annabel S. Brett*, *Liberty, Rights and Nature: Individual Rights in Later Scholastic Thought* (Cambridge: CUP 1997). Nach *Michel Villey* ist der heutige Begriff des subjektiven Rechts eine „contresens commis sur le langage romain“ (*Villey, ibid.*, 236). Siehe auch *Helmut Coing*, *Zur Geschichte des Begriffs „subjektives Recht“*, in: *Helmut Coing/Frederick H. Lawson/Kurt Grönfors*, *Das subjektive Recht und der Rechtsschutz der Persönlichkeit* (Frankfurt a.M.: Metzner 1959), 7–23.

¹³ Hierzu grundlegend *Villey, ibid.*, 225–272, der die Bedeutungsverschiebung mit *Ockhams* Nominalismus erklärt; zu *Hobbes, ibid.*, 649–676.

¹⁴ *Ulrich Scheuner*, *Die grossen Friedensschlüsse als Grundlage der europäischen Staatenordnung zwischen 1648 und 1815*, Nachdruck in: ders., *Schriften zum Völkerrecht* (hrsg. von Christian Tomuschat) (Berlin: Duncker & Humblot 1984), 352–354.

¹⁵ *Francisco de Vitoria*, *Relectiones Theologicae, De Indis* (original 1532), Sec. I, Ziff. 24 (in: *The Classics of International Law*, hrsg. von Ernest Nys (Washington: Carnegie Institution 1917), 128 (engl.) und 232 (lat.)). Dabei hielt *de Vitoria* die Rechtsbeziehungen zwischen den Spaniern und den Ureinwohnern offenbar für internationale Beziehungen im heutigen Sinne, denn er diskutierte das Recht der Kriegführung und Herrschaftstitel. *De Vitoria* unterschied aber nicht zwischen dem „privaten“ Krieg und dem eines Prinzen oder Herrschers (vgl. *ibid.*, 167–169). Der Staat wurde noch ohne Rekurs auf das Souveränitätsmerkmal definiert (*ibid.*, 169). Siehe allgemein *Felix Hafner/Adrian Loretan/Christoph Spenlé*, *Naturrecht und Menschenrecht: Der Beitrag der Spanischen Spätscholastik zur Entwicklung der Menschenrechte*, in: *Frank Grunert/Kurt Seelmann* (Hrsg.), *Die Ordnung der Praxis: Neue Studien zur Spanischen Spätscholastik* (Tübingen: Niemeyer 2001), 123–153.

¹⁶ Nach *Richard Tuck* ist *De iure belli ac pacis* „in fact the first reconstruction of an actual legal system in terms of rights rather than laws. Consequently it is the true ancestor of all the modern codes which have rights of various kinds at their centre“ (*Richard Tuck*, *Natural Rights Theories: Their Origin and Development* (Cambridge: CUP 1979), 66). Zu *Grotius'* naturrechtlichem Ansatz und seiner Bedeutung für das Völkerrecht massgeblich *Hersch Lauterpacht*, *The Grotian Tradition of International Law*, *BYIL* 23 (1946), 1–53.

Die naturrechtliche Tradition erlosch nie ganz. Nach *Johann Caspar Bluntschli* verband das Völkerrecht „als allgemeines Menschenrecht Christen und Muhammedaner, Brahmanisten und Buddhisten, die Anhänger des *Konfutsse* und die Verehrer der Gestirne, die Gläubigen und die Ungläubigen.“¹⁷ Insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg zog die individuumszentrierte Völkerrechtslehre wieder Inspiration aus dem Naturrecht. Nach dem wissenschaftlichen Wegbereiter der Nürnberger Prozesse und der Menschenrechtskodifikationen, *Hersch Lauterpacht*, ist „in Bezug sowohl auf Rechte als auch Pflichten das Individuum das letzte Subjekt allen Rechts“,¹⁸ „die letztmaßgebliche Einheit der internationalen Gemeinschaft“.¹⁹ Die Notwendigkeit der Subjektstellung des Einzelnen begründete *Lauterpacht* mit der Verhinderung einer allgemeinen Verantwortungslosigkeit durch die Errichtung eines staatlichen Schutzschirms. Nur so könnten den allgemeinen ethischen Standards unter zivilisierten Gemeinschaften Wirksamkeit verschafft werden.²⁰

Ab dem 18. Jahrhundert traten – mit der Konsolidierung souveräner Staaten und den parallelen wissenschaftlichen Konzepten der staatlichen Rechtspersönlichkeit, der staatlichen Grundrechte und -pflichten und nicht zuletzt der Souveränität – die Staaten als politische Akteure und Subjekte des Völkerrechts in den Vordergrund. Bekanntlich wurde das Völkerrecht mit dem Aufstieg der rechtspositivistischen Methode allmählich vom Naturrecht abgelöst und parallel dazu klar vom innerstaatlichen Recht unterschieden. Beide Bewegungen führten zu einer Konzentration des Völkerrechts auf die Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen und zur Verdrängung des Menschen aus dieser Rechtsordnung.²¹

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stand allerdings die etatistische Zuspitzung des Völkerrechts in einem Spannungsverhältnis zur Proliferation des Individualschutzes mittels völkerrechtlicher Verträge. Beispielsweise begann Art. 29 der Brüsseler Generalakte zur Ächtung der Sklaverei von 1890 mit dem Satz: „Ein jeder wider seinen Willen an Bord eines einheimischen Schiffes zurückgehaltener Sklave soll *das Recht* haben, seine Freiheit zu beanspruchen.“²² Entgegen dem explizit individualrechtlichen Wortlaut wurden dieses und ähnliche völkerrechtliche Abkommen von der rechtspositivistischen und dualistischen Lehre als rein zwischenstaatliche gegenseitige Verpflichtungen konstruiert, aus denen Einzelpersonen keine internationalen

¹⁷ *Johann Caspar Bluntschli*, *Das moderne Völkerrecht der civilisirten Staaten: als Rechtsbuch dargestellt* (3. Aufl. Nördlingen: Verlag der C. H. Beck'schen Buchhandlung 1878), § 6 Abs. 3 (61). Für die naturrechtlich fundierte Völkerrechtssubjektivität des Menschen auch *Pasquale Fiore*, *Le droit international codifié et sa sanction juridique* (3. Aufl. Paris: Pedone 1911, Übersetzung aus dem Italienischen), § 61, 108–110.

¹⁸ *Hersch Lauterpacht*, *International Law and Human Rights* (London: Stevens 1950), 69 (Übersetzung der Verf.).

¹⁹ *Lauterpacht*, *Grotian Tradition* 1946 (Fn. 16), 1–53 (Übersetzung der Verf.).

²⁰ *Hersch Lauterpacht*, Chap. 5, *The Subjects of International Law*, in: *Eli Lauterpacht* (Hrsg.), *International Law: Being the Collected Papers of Hersch Lauterpacht (1970–1978)*, Vol. I: *The General Works* (Cambridge: CUP 1970), 279–307 (280f.).

²¹ Siehe nur *Albert Zorn*, *Grundzüge des Völkerrechts* (2. Aufl. Leipzig: J. J. Weber 1903), 3: „Träger völkerrechtlicher Beziehungen sind also niemals Privatpersonen, sondern ausschliesslich Staaten ...“ Siehe auch *ibid.*, 26ff.

²² Brüsseler Generalakte zur Ächtung der Sklaverei vom 2. Juli 1890, *AJIL* 3 (1909), Supplement S. 29 auf 41 (Übersetzung und Hervorhebung der Verf.).

Ansprüche herleiten konnten.²³ Ihr Protagonist *Heinrich Triepel* führte aus: „Wenn es Völkerrecht giebt, kann es nur für die Verkehrsbeziehungen koordinierter Staaten unter einander gelten. Der Satz ... entscheidet über die Art der dem Individuum zukommenden Stellung. Diese kann nicht die eines Rechtssubjekts sein. Der Einzelne ist vom Standpunkte einer die Staaten als solche verbindenden Rechtsgemeinschaft unfähig, Träger eigener, von der Rechtsordnung dieser Gemeinschaft ausgehenden Rechte und Pflichten zu sein. Es ist gleichgültig, das es in grossem Umfange seiner Interessen sind, deren Wahrung völkerrechtliche Sätze im Auge haben. ... Staatenvereinbarungen zugunsten afrikanischer Neger erheben die Schwarzen, deren Wohl sie befördern sollen, nicht zu Persönlichkeiten der Rechtsgemeinschaft, deren Satzungen auf sie Bezug nehmen. So kann das Individuum eines ... Völkerrechts nur als *Gegenstand* völkerrechtlicher Rechte und Pflichten gedacht werden.“²⁴ Nach dieser heute sogenannten Objektlehre berechnete und verpflichtete also das Völkerrecht, insbesondere das Vertragsrecht, nur die Vertragsparteien, somit die Staaten.²⁵ Der Einzelperson wurde in völkerrechtlichen Verträgen kein Recht eingeräumt, sondern sie genoss nur einen Rechtsreflex. Sie war Begünstigter, aber nicht Rechtsträger, nicht Subjekt, sondern Objekt des Völkerrechts.

Die Objektlehre basierte auf der strikt rechtspositivistischen Methode,²⁶ die bekanntlich einen notwendigen Zusammenhang zwischen Recht und Moral verneinte.²⁷ Dementsprechend sollte das Völkerrecht von der Politik, der Courtoisie, dem römischen und kanonischen Recht und der Theologie geschieden und die (Völker-)

²³ Zu den Sklavereiabkommen *Emanuel Ullmann*, Völkerrecht (2. Aufl. Tübingen: Mohr Siebeck 1908), § 133 (402–406). Siehe auch StIGH, *Jurisdiction of the Courts of Danzig*, PCIJ Ser. B, No. 15 (1928), 17f. und 21. Der Gerichtshof befand, dass „ein internationales Abkommen als solches keine direkten Rechte und Pflichten für private Individuen erzeugen könne.“ Trotz dieses Lippenbekenntnisses zum strikten Dualismus legte der StIGH das Abkommen unter Berücksichtigung der Absicht der Vertragsparteien dahingehend aus, dass es „Bestandteil“ des Dienstverhältnisses zwischen den Eisenbahnbeamten und der polnischen Eisenbahnverwaltung sei, und dass sich infolgedessen die Eisenbahnangestellten in ihren Klagen vor Danziger Gerichten, mit denen sie finanzielle Forderungen gegen die Eisenbahnverwaltung geltend machten, auf die Bestimmungen des Abkommens berufen konnten (*ibid.*, 21).

²⁴ *Heinrich Triepel*, Völkerrecht und Landesrecht (Leipzig: C. L. Hirschfeld 1899), 20f.; siehe auch *ibid.*, 13–18, 259–262 (Hervorhebung der Verf.).

²⁵ Grundlegend *Paul Heilborn*, Das System des Völkerrechts aus den völkerrechtlichen Begriffen (Berlin: Springer 1896), 58–138 (insb. 68, 70–73, 79f., 82f., 110), 372, 374, 382, 417. Umfassende kritische Darstellung der Objektlehre bei *George Manner*, The Object Theory of the Individual in International Law, AJIL 46 (1952), 428–449.

²⁶ Vgl. *Antônio Augusto Cançado Trindade*: „The old monopoly of the State of being the condition of being subject of rights is no longer sustainable, nor are the excesses of a degenerated legal positivism, which excluded from the international legal order the final addressee of juridical norms: the human being. The need is acknowledged nowadays to restore to this latter the central position – as subject of domestic as well as international law – from where he was unduly replaced, with disastrous consequences, evidenced in the successive atrocities committed against him in the last decades. All this occurred with the indulgence of legal positivism, in its typical subservience to State authoritarianism.“ Inter-American Court of Human Rights, 1. Oktober 1999, Advisory Opinion OC-16/99, concurring opinion, Rn. 12 (Hervorhebungen der Verf.).

²⁷ Auch das Völkerrecht wurde immanent, ohne Rekurs auf rechtsexterne Werte definiert: Als Völkerrechtsnormen galten nur, aber auch alle Texte, die in bestimmten Verfahren erzeugt wurden, unabhängig von ihrem Inhalt. Über das auf diese Weise gesetzte (positive) Völkerrecht hinaus wurde kein Recht anerkannt. Vgl. den Begründer der Objektlehre, *Heilborn*, System des Völkerrecht 1896

rechtswissenschaft von allen politischen, philosophischen, „dialektischen“ und „metaphysischen“ Spekulationen gereinigt werden.²⁸ Die positivistische Objektlehre war damit eine Reaktion auf die unscharfe naturrechtliche, also vermeintlich spekulative, utopische und unjuristische Mitbehandlung des Individuums durch das vorausgegangene Natur- und Völkerrecht. Im Rechtspositivismus wurde eine eventuelle Rechtsfähigkeit des Einzelnen folglich als bloßes Produkt des gesetzten Rechts angesehen. Die staatliche Rechtsordnung war die Instanz, welche die Qualität als Rechtsperson verlieh. In Ermangelung völkerrechtlicher Verträge, die dem Individuum echte Rechte einräumten, konnte der Einzelne kein Völkerrechtssubjekt sein. Die Objektlehre wurde in führenden Lehrbüchern bis nach dem zweiten Weltkrieg vertreten²⁹ und wirkt bis heute fort.

Sie war jedoch nie unangefochten. So monierte *Robert von Mohl* schon 1860 die Souveränitätsfixiertheit der Völkerrechtswissenschaft und hielt eine (wissenschaftliche) „Förderung“ der Staaten nur „als letztes Mittel zu Erreichung der menschlichen Lebenszwecke“ für legitim.³⁰ „Es müssen die Rechtssätze aufgefunden werden, welche die Verbindung der Menschen in ihrer höchsten Potenz, nämlich über das Leben des einzelnen Staates hinaus, und zwar zur Erreichung ihrer Lebenszwecke zu regeln haben. ... Einmal sind die sämtlichen *Subjekte einer internationalen Verbindung* zu beachten; nämlich nicht bloß die Staaten selbst, sondern auch die gesellschaftlichen Kreise und *die einzelnen Individuen*.“³¹ Andere zeitgenössische Autoren zeigten Pflichten der Individuen auf, die aus den Akten der frühen internationalen Organisationen (internationale Flusskommissionen) sowie aus dem Völkergewohnheitsrecht (Recht der Piraterie, der Blockade und des Schmuggels) flossen. 1899 schloss *Wilhelm Kaufmann* aus der Existenz von Vergehen gegen das Völkerrecht (Seeräuberei, Sklaventransporte etc.), auf unmittelbare völkerrechtliche Rechtspflichten von Individuen.³² Kraft Staatsvertrag oder sonst internationalem Recht könnten „unmittelbar

(Fn. 25), 370: „Das Völkerrecht ist der Inbegriff der von den Staaten als Regel ihres Zusammenlebens anerkannten Rechtsnormen.“

²⁸ *Zorn*, Grundzüge des Völkerrechts 1903 (Fn. 21), 10: „Zu den juristischen Quellen des Völkerrechts gehören somit nicht Naturrecht und Rechts- oder Moralphilosophie, Politik und Ergebnisse geschichtlicher Entwicklung.“

²⁹ Siehe nur *Lassa Francis Lawrence Oppenheim*, International Law (2. Aufl. London: Longmans Green 1912), Bd. I, 3, 19–20, 455–460; *Rolf Knubben*, Die Subjekte des Völkerrechts (Stuttgart: Kohlhammer 1928), 487ff.; *Dionisio Anzilotti*, Corso di diritto internazionale (3. Aufl. Rom: Athenaeum 1928), Bd. I, 113, 121ff.; *Karl Strupp*, Grundzüge des positiven Völkerrechts (5. Aufl. Bonn: Röhrscheid 1932), 1ff., 32ff., 95ff., 102ff.; *Georg Schwarzenberger*, A Manual of International Law (London: Stevens 1947), 35, 53f. Zahlreiche weitere Nachweise bei *Manner*, Object Theory 1952 (Fn. 25), 429 Fn. 2.

³⁰ Nach *von Mohl* wurde fehlerhafterweise „der ganze Gegenstand lediglich nur vom Standpunkte der Souveränität der Staaten aufgefasst ... Bei dieser Auffassung ist denn natürlich die Bemühung dahin gerichtet, so wenig als möglich von der Selbstständigkeit aufzugeben; während doch die richtige Auffassung vielmehr die ist, nach gesicherter Selbstständigkeit, (welcher allerdings die Grundlage jedes Gedeihens vorangehen muss), die Gemeinschaft unter den grössten organischen Menschenverbindungen, Staaten genannt, möglichst zu fördern als letztes Mittel zu Erreichung der menschlichen Lebenszwecke. Es bricht also die übliche Behandlung des Völkerrechts gerade in der Mitte ab“ (*Robert von Mohl*, Staatsrecht, Völkerrecht und Politik (Tübingen: Laupp & Siebeck 1860), Bd. I, 585).

³¹ *Ibid.*, 586 (Hervorhebung der Verf.). Siehe auch *ibid.*, 599 sowie 626–636 (zur „Förderung der Zwecke Einzelner“ durch das Völkerrecht).

³² *Wilhelm Kaufmann*, Die Rechtskraft des internationalen Rechtes und das Verhältnis der Staatsgesetzgebung und der Staatsorgane zu derselben (Stuttgart: F. Enke 1899), 27.

selbständige internationalrechtliche Pflichten von Staatsunterthanen begründet werden.“³³ Dabei seien „diese internationalrechtlich geregelten und bestimmten *subjektiven Rechte und Rechtspflichten* theils sog. private, theils sog. öffentliche Rechte und Pflichten.“³⁴ Diese begründete *Kaufmann* nicht naturrechtlich, sondern voluntaristisch: Die Geltung des Völkerrechts beruhe auf der „gemeinsame[n] Willensthat“ infolge der Willenseinigung. Das Völkerrecht gelte somit „für den einzelnen Staat und eventuell für das Individuum und das Staatsorgan, weil sie einbefaßt sind in der internationalen Völkergemeinschaft.“³⁵ „Auf die durch den Staatsvertrag herbeigeführte Errichtung neuer objektiver Rechtsnormen – eines *ius supra partes* – ist es vielmehr zurückzuführen, daß diese subjektiven Rechte und Pflichten entstehen oder entstehen können.“³⁶ Schließlich bejahte *Walther Schücking* nach Verabschiedung des nie in Kraft getretenen Haager Abkommens von 1907 über den internationalen Prisenhof eine partielle Völkerrechtssubjektivität des Individuums aufgrund der dort neu eingeräumten individuellen Klagebefugnis Einzelner.³⁷

Die stärkste Gegenbewegung zur Objektlehre bildete ab den 1920er Jahren die soziologische Schule. Sie basierte auf einer radikalen französischen Verfassungstheorie, die gegen die Vorstellung des Staates als souveräner Kollektivpersönlichkeit mit eigenem „Staatswillen“ opponierte und ihn stattdessen allein auf die „soziale Realität“, dass heißt auf die Individuen in Wahrnehmung der staatlichen Funktionen, zurückführte.³⁸ Diese individualistische Konzeption wurde von *Georges Scelle* auf das Völkerrecht übertragen. Er argumentierte, dass juristische Beziehungen soziale Beziehungen seien. Soziale Beziehungen können nur zwischen Individuen bestehen. Folglich basiere auch die „sociabilité internationale“ auf interindividuellen Beziehungen. Die internationale Rechtsordnung determiniere alles nationale Recht, das völkerrechtskonform ausgestaltet sein müsse. Deshalb sei jedes Individuum auch unmittelbar dem internationalen Recht unterworfen. Es handele lediglich in verschiedenen Rollen:³⁹ „Une société internationale, comme une société étatique, est une

³³ *Ibid.*, 25.

³⁴ *Ibid.*, 3 (Hervorhebung der Verf.).

³⁵ *Ibid.*, 77 (Hervorhebung der Verf.).

³⁶ *Ibid.*, 30.

³⁷ *Schücking* wies darauf hin, dass es völkerrechtliche Pflichten für Einzelpersonen „schon immer“ gegeben habe und Rechte in Ausnahmefällen ebenfalls (*Walther Schücking*, *Der Staatenverband der Haager Konferenzen* (München und Leipzig: Duncker & Humblot 1912), 141–148).

³⁸ *Léon Duguit*, *Traité de droit constitutionnel* (2. Aufl. Paris: E. de Boccard 1921), Bd. I, § 38 (324–335), zur Völkerrechtssubjektivität in § 62 (560–565); Bd. II, 1923, passim, z. B. 2, 404, 417, 428f. Siehe auch *Louis Le Fur*, *La théorie du droit naturel depuis le XVIIe siècle et la doctrine moderne*, *Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law* 19 (1927/III), 259–442 (404): „La personnalité juridique doit être la simple traduction juridique de la personnalité réelle, qu'elle doit être reconnue à tout individu.“ (Hervorhebung der Verf.).

³⁹ *Georges Scelle*, *Règles générales du droit de la paix*, *Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law* 46 (1933/IV), 327, 342 f; *ibid.*, *Droit international public* (Paris: Les Ed. Domat-Montchrestien 1944), 410f.; *ibid.*, *Some Reflections on Juridical Personality in International Law*, in: George A. Lipsky (Hrsg.), *Law and Politics in the World Community* (Berkely: University of California Press 1953), 49–58.

société d'individus, et rien que d'individus.“⁴⁰ „Les individus seuls sont sujets de droit en droit international public.“⁴¹

Seit den 1950er und 60er Jahren geht die soziologische „policy-oriented“ Jurisprudenz (Schule von New Haven) von der Prämisse aus, dass Recht und Politik nicht scharf getrennt werden können. Ihre Vertreter definieren das Völkerrecht als einen spezifischen Entscheidungsprozess bzw. als einen Kommunikationsfluss mit politischem Inhalt und Kontrollabsicht.⁴² In diesem Modell wird die Dichotomie von „Subjekten“ und „Objekten“ abgelehnt. Es gibt lediglich „Teilnehmer“. Individuen sind in dieser Perspektive „participants in the world power process“, ebenso wie Staaten und internationale Institutionen.⁴³

Demgegenüber sind die „Critical Legal Studies“ anti-individualistisch ausgerichtet. Zwar bemängelt die kritische Lehre, dass die traditionelle („liberale“) juristische Methodik zu Unrecht das Subjekt und seine Subjektivität bei der Analyse des Vorgangs der Rechtsanwendung und –auslegung ausblende.⁴⁴ Andererseits ist ihre Prämisse, dass der Einzelne kein essentielles Subjekt sei, sondern durch multiple Faktoren erst sozial konstituiert werde.⁴⁵ Hinzu kommt die postmoderne Kritik an Individualrechten überhaupt: Die Rhetorik der Rechte sei so offen und unbestimmt, dass beide Streitparteien sie instrumentalisieren können. Das Recht, das so progressiv erscheint, werde im nächsten Fall gegen den Prätendenten verwendet. Rechte seien Bestandteil der Legitimationserzählung und damit eine Maskerade, die der Perpetuierung der Machtverhältnisse diene.⁴⁶

Demgegenüber basiert der Ansatz von „Law and Economics“ auf einem methodologischen Individualismus. Seine Vertreter akzeptieren, dass das Individuum die eigentliche Quelle von (auch internationalen) Rechten ist. Es herrsche „Konsumen-

⁴⁰ *Scelle*, *Règles générales* 1933 (Fn. 39), 343. Siehe ferner die Nachweise in Fn. 4.

⁴¹ *Georges Scelle*, *Précis de droit des gens: principes et systématique*, Bd. I, Introduction: le milieu intersocial (Paris: Sirey 1932), 42: „Les individus seuls sont sujets de droit en droit international public.“

⁴² *Siegfried Wiessner/Andrew Willard*, *Policy-Oriented Jurisprudence*, *GYIL* 44 (2001), 96–112 (101f.).

⁴³ *Myres McDougal*, *International Law, Power, and Policy: A Contemporary Conception*, *Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law* 82 (1953/I), 133–260 (173f.); *Rosalyn Higgins*, *Problems and Process: International Law and how we use it* (Oxford: Clarendon Press 1995), 50.

⁴⁴ *Pierre Schlag*, *The Problem of the Subject*, *Texas Law Review* 69 (1991), 1627–1743; *Jack M. Balkin*, *Understanding Legal Understanding: The Legal Subject and the Problem of Legal Coherence*, *Yale Law Journal* 103 (1993), 105–175.

⁴⁵ Hierzu aus literaturgeschichtlicher Sicht: *Wolfgang Frühwald*, *Der Zerfall des Individuums: Über szientifisches Erschrecken in der Literatur* (Heidelberg: C. F. Müller 1993), 15–17: Das Individuum sei in ein psychisches System verwandelt, in das Minimalmodell einer pluralen Gesellschaft, ähnlich komplex gestaltet wie die weite Welt des komplizierten Atomkerns. Der Einzelne sei in die Geschichtslosigkeit vernetzter Systemzusammenhänge eingetreten und erfahre sich darin als teilbares und geteiltes Wesen, dessen Zusammenhang mit sich selbst zweifelhaft geworden ist. Siehe auch *Peter Bürger*, *Das Verschwinden des Subjekts* (Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1998), 9: „Das Subjekt ist in Verruf geraten“; das Subjekt als zentrale Kategorie der Moderne sei tot (*ibid.*, 12); Übertragung dieses Ansatzes auf die Rechtswissenschaft z. B. bei *Robert S. Chang*, *The End of Innocence or Politics. After the Fall of the Essential Subject*, *American University Law Review* 45 (1996), 687–694.

⁴⁶ *Mark Tushnet*, *An Essay on Rights*, *Texas Law Review* 62 (1984), 1363–1403 (1371).

tensoveränität“.⁴⁷ Die Entstehung der Völkerrechtsordnung wird individualistisch erklärt. Sie sei spontan entstanden und unbeabsichtigtes Produkt des individuellen, präferenzmaximierenden Verhaltens.⁴⁸ Staaten werden als kollektive Entitäten ohne eigene Rationalität erkannt. So gesehen handeln die Staaten nur als unvollkommene Vermittler für Individuen. Die Auswahlentscheidungen („choices“) des Staates sind in der *Rational choice*-Perspektive in Wirklichkeit Entscheidungen von Individuen, die am Entscheidungsverfahren beteiligt sind.⁴⁹ Allerdings ist die ökonomische Analyse des Völkerrechts überwiegend staatsfixiert. In maßgeblichen Werken dieser Richtung kommen Individuen gar nicht vor.⁵⁰

In der Gegenwart, die vielfach als Krise des positiven Völkerrechts empfunden wird, ist eine Renaissance des Naturrechts zu verzeichnen, in der das Individuum als „wahres Subjekt“ des Völkerrechts, zelebriert wird.⁵¹ Antônio Augusto Cançado Trindade führte in seiner allgemeinen Haager Vorlesung von 2005 aus: „Die Konsolidierung der Rechtspersönlichkeit und Handlungsfähigkeit des Individuums als Subjekt des Völkerrechts stellt die kostbarste Errungenschaft des internationalen Rechtsdenkens der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dar. Dieses Denken hat den Ausschluss des Individuums aus der Völkerrechtsordnung überwunden und die Rettung des Individuums als Völkerrechtssubjekt vollbracht ... Individuen erscheinen heute als wahre Subjekte – und nicht nur als ‚Akteure‘ – des Völkerrechts.“⁵² „Die Anerkennung des Individuums als Subjekt sowohl des nationalen Rechts als auch des Völkerrechts stellt eine wahre juristische Revolution dar – zu der beizutragen wir verpflichtet sind um dem Vorrang höherer Werte zum Durchbruch zu verhelfen – welche endlich den Normen sowohl des nationalen öffentlichen Rechts als auch des internationalen Rechts einen ethischen Gehalt verschafft.“⁵³ In diesem Geist hat Rafael Domingo kürzlich gefordert, „die Zentralität der Person, die dem Völkerrecht verloren ging, für das globale Recht wiederzuerlangen“. Auch die Staaten seien (nur) juristische Personen, die letztlich aus Menschen bestehen. So gesehen wird alles Recht von Menschen und für Menschen erzeugt und nicht von den Staaten, die den Men-

⁴⁷ Jeffrey L. Dunoff/Joel P. Trachtman, *The Law and Economics of Humanitarian Law Violations in Internal Conflict*, AJIL 93 (1999), 394–409 (397).

⁴⁸ Joel P. Trachtman, *The Economic Structure of International Law* (Cambridge, Mass: Harvard UP 2008), 10.

⁴⁹ *Ibid.*, 18.

⁵⁰ Siehe nur Andrew Guzman, *How International Law Works* (Oxford: OUP 2008). In Jack L. Goldsmith/Eric A. Posner, *The Limits of International Law* (Oxford: OUP 2005) werden Menschenrechte nur unter dem Gesichtspunkt erwähnt, dass die Ratifikation der Menschenrechtsverträge im Eigeninteresse der Staaten liegt, weil sie ihr Prestige steigern und keine echten Nachteile bei Nichtbefolgung zu befürchten sind. Der ökonomische Ansatz steht insofern, ungeachtet seines teilweise abweichenden Selbstverständnisses, in der politikwissenschaftlichen Tradition des Realismus.

⁵¹ Naturrecht wirkt auch in der gegenwärtig teilweise vertretenen Ansicht fort, nach der das Individuum jedenfalls hinsichtlich fundamentaler Menschenrechte ein Völkerrechtssubjekt sei, weil diese vorstaatlich, also nicht vom Staat gewährt seien (Stephan Hobe, *Einführung in das Völkerrecht*, begr. von Otto Kimminich (9. Aufl. Tübingen: UTB 2006), 167).

⁵² Cançado Trindade, *International Law for Humankind* 2005 (Fn. 10), 252 (Übersetzung der Verf., Fussnoten weg gelassen; auch *ibid.*, 34, 58).

⁵³ *Ibid.*, 274 (Übersetzung der Verf.). Siehe zur deutlich naturrechtlichen Prägung von Cançado Trindades Ansatz *ibid.*, 33f., 57, 147, 265–267. Der Autor fasst den „historischen Prozess der Humanisierung des Völkerrechts“ als Vorgang der Fokussierung auf „Grundwerte“ und der „Realisierung übergeordneter gemeinsamer Ziele“ auf (*ibid.*, 282).

schen dienen sollen. Die Person (nicht als Rechtsträger, sondern als menschliches Wesen) ist der Protagonist des Rechts. Nach Domingo ist die goldene Regel des „neuen globalen Rechts“ *ex persona ius oritur*. Menschen sind die „authentischen“ Rechtsträger, jederzeit und überall.⁵⁴

2. Dogmatik

Die Theorie und Dogmatik des subjektiven Rechts sind komplex.⁵⁵ Üblicherweise werden die subjektiven Rechte unterteilt in, erstens, Ansprüche (claim rights) im Sinne des Rechts, vom Adressaten der Pflicht die Handlung rechtlich verlangen zu können, zweitens Freiheiten (Erlaubnisnormen) und drittens Gestaltungsrechte, also Befähigungen zur rechtlichen Gestaltung, die wiederum bilateral oder *erga omnes* wirken können.⁵⁶ Menschenrechte enthalten vielfach mehrere Arten von subjektiven Rechten.⁵⁷ An dieser Stelle soll nicht diese Dogmatik allgemein, sondern speziell jene der Völkerrechtspersönlichkeit rekapituliert werden. Denn das subjektive Recht interessiert im völkerrechtlichen Kontext nicht in erster Linie als dogmatische Figur, sondern als Chiffre für die in einem ethischen und dogmatischen Sinne primäre Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen.

a) Multiple Begriffe der Völkerrechtssubjektivität

Der Begriff der Völkerrechtssubjektivität (Völkerrechtspersönlichkeit) ist unklar und umstritten. Nach einem sogenannten „materiellen Ansatz“ können aus der Völkerrechtssubjektivität typische materielle Rechte abgeleitet werden,⁵⁸ insbesondere das Vertragsschlussrecht, das Gesandtschaftsrecht, die Deliktsfähigkeit und ein Teilnahmerecht an internationalen Organisationen. Auf dasselbe Ergebnis hinaus läuft

⁵⁴ Domingo, *Global Law* 2010 (Fn. 9), 124–126. In diesem Sinne auch Janne Elisabeth Nijman: „[T]he right to legal personality is part of man's human identity and humanity is under an obligation to defend it if the 'primary' political community fails to provide the necessary conditions. It therefore follows that the individual is the legal personality par excellence of international law, i.e., the law of mankind. Yes, states are international legal persons, but they are secondary persons; individual human beings are the universal human society“. Nijman, *International Legal Personality* 2004 (Fn. 5), 473 (Hervorhebung der Verf.).

⁵⁵ Hierzu Eva Schulev-Steindl, *Subjektive Rechte: Eine rechtstheoretische und dogmatische Analyse* (Wien, u. a.: Springer 2008).

⁵⁶ Grundlegend Wesley Newcomb Hohfeld, *Fundamental Legal Conceptions as Applied in Judicial Reasoning*, Yale Law Journal 23 (1913), 16–59 und Yale Law Journal 26 (1917), 710–770.

⁵⁷ Nach heutiger Auffassung enthalten alle „Generationen“ von Menschenrechten die Verpflichtung zum Respekt, zum Schutz und zur Erfüllung („obligations to respect, protect, and fulfil“); siehe hierzu grundlegend (mit noch abweichender Terminologie) Henry Shue, *Basic Rights* (Princeton: Princeton UP 1980), 35–64.

⁵⁸ In diesem Sinne Manuel Rama-Montaldo, *International Legal Personality and Implied Powers of International Organizations*, BYIL 44 (1970), 111ff., 116 und 139–144. Siehe insb. 139: „From the personality of an organization, as from that of a State, arise only those rights and duties which find their source in personality itself ... : the rights to bring a claim, to negotiate, to conclude a special agreement, protest, request for an inquiry, etc. The rights arising from personality constitute in their totality, capacity to operate upon an international plane.“ (Hervorhebung der Verf.).

die analytisch umgekehrte Strategie, als Völkerrechtssubjekte nur diejenigen Einheiten zu qualifizieren, die bestimmte (inhaltliche) Typen von Rechten innehaben, z.B. die Fähigkeit, deliktisch verantwortlich zu sein oder die Fähigkeit, internationale Privilegien und Immunitäten zu genießen und vor allem die Vertragsschlussfähigkeit.⁵⁹ Unabhängig davon, ob die so definierte Völkerrechtspersönlichkeit als Vorbedingung oder als Konsequenz der genannten materiellen Rechte aufgefasst wird, assoziieren beide Ansätze die Völkerrechtspersönlichkeit mit einem Mindestbestand an Rechten. In dieser Begrifflichkeit wären Individuen keine Völkerrechtssubjekte, weil sie kein Vertragsschlussrecht⁶⁰ und kein Gesandtschaftsrecht haben.

Einige Autoren laden den Begriff des Völkerrechtssubjekts inhaltlich auf und reservieren ihn auf diese Weise für einen engeren Kreis von Rechtsträgern. Hier heißt es, nur diejenige Entität, die eine Mindest-„Fülle“ oder „Dichte“ von Rechten, eine gewisse Handlungsfreiheit, eine gewisse Allgemeinheit der Berechtigungen genieße, sei ein Völkerrechtssubjekt.⁶¹ Eine Einheit hingegen, die nur punktuelle, einzelne Rechte innehat, sei kein Völkerrechtssubjekt.⁶² Eine Qualifizierung des Individuums nach diesem System würde eine genaue Prüfung aller internationalen Rechte und Pflichten, die Individuen haben, erfordern. Eine derartige Prüfung würde zeigen, dass das Individuum in einer Grauzone angesiedelt ist. Es hat punktuelle Rechte und Pflichten, aber diese nehmen immer mehr zu.

Weiter wird vorgebracht, ein Völkerrechtssubjekt sei nur jener, der nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten habe.⁶³ Hier würden Individuen, deren völkerrechtlich unmittelbare Strafbarkeit mittlerweile gesichert ist, dazu zählen.

Verbreitet ist auch die Position, welche die Völkerrechtssubjektivität an die Eintragbarkeit von materiellen Rechten vor einer internationalen Streitbeilegungsinstanz koppelt.⁶⁴ Nach dieser Konzeption ist der Einzelne nur ein sehr begrenztes Völkerrechtssubjekt.

Schließlich wollte vor allem die frühere sowjetische Völkerrechtslehre die Völkerrechtssubjektivität den souveränen Einheiten, und damit letztlich den Staaten, vorbe-

⁵⁹ Tomuschat, *Survival of Mankind* 1999 (Fn. 6), 160: „Then, the capacity to conclude international treaties would stand out as the main element permitting identification as a subject of international law.“ Überblick zu dieser Position bei Robert Kolb, *Nouvelle observation sur la détermination de la personnalité juridique internationale*, *Zeitschrift für öffentliches Recht* 57 (2002), 229–241 (236).

⁶⁰ Mit dem Fokus auf dem *ius tractandus* überschneidet sich die Meinung, Völkerrechtssubjekt sei nur derjenige, der auch Rechtserzeuger sei. Hierzu unten Teil II.2.d).

⁶¹ Marek St. Korowicz, *The Problem of International Personality of Individuals*, *AJIL* 50 (1956), 533–562 (558); Karl Zemanek, *Internationale Organisationen als Handlungseinheiten in der Völkerrechtsgemeinschaft*, *ÖZÖR* 7 (1956), 335–372 (349f. und 357f.); Tomuschat, *Survival of Mankind* 1999 (Fn. 6), 160: „identifying a special category of subjects of international law makes sense only with regard to entities which have a certain freedom of action on the international level and which engage in international transactions beyond a framework rigidly fixed once and for all in their constitutive instrument.“

⁶² In diesem Raster fallen etwa die Sachverständigenausschüsse eines Menschenrechtsabkommens oder internationale Gerichte aus dem Kreis der Völkerrechtssubjekte heraus, obwohl sie einzelne Befugnisse, z.B. aus dem Menschenrechtsabkommen oder aus Sitzabkommen mit Staaten, haben.

⁶³ Peter James Nkomo Mugerwa, *Subjects of International Law*, in: Max Sørensen (Hrsg.), *Manual of Public International Law* (London: Macmillan 1968), 247–310 (249); David Feldman, *International Personality*, *Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law* 191 (1985/II), 343ff., (359).

⁶⁴ Hierzu unten Teil II.2.c).

halten.⁶⁵ Als Widerhall der souveränistischen Ansicht erscheint die Ansicht, nur Einheiten, die mit allgemeiner politischer Macht ausgestattet sind, könnten Völkerrechtssubjekte sein: „N'est au fond sujet que celui qui participe et qui pèse sur la vie politique internationale“.⁶⁶ Alle anderen Rechtsträger hätten nur die „capacité internationale“, seien aber kein Völkerrechtssubjekt. In diesem machtorientierten Raster wären Individuen keine Völkerrechtssubjekte.

b) Kategorien: Der Staat gegen alle anderen

Üblicherweise wird der Einzelne als anormales, unnatürliches, derivatives, künstliches, vereinbartes, gekorenes, partielles, begrenztes, passives, abhängiges, potentielles oder *sui generis* Völkerrechtssubjekt bezeichnet. Alle diese Bezeichnungen gehen vom staatlichen Völkerrechtssubjekt als Normalfall aus. Dies ist im Folgenden anhand der gängigen Kategorisierungen der Völkerrechtssubjektivität zu zeigen.

Bezogen auf die *sachliche Reichweite* der Völkerrechtsfähigkeit wird zwischen „vollen“/„universellen“/„generellen“ Subjekten einerseits und „partiellen“/„funktional beschränkten“ Völkerrechtssubjekten andererseits unterschieden. „Vollrechtssubjekt“ soll nur der Staat sein. Nur er sei – heißt es – potentiell in der Lage, alle Arten von völkerrechtlichen Rechten und Pflichten zu haben. Damit wäre er voll völkerrechtsfähig. Demgegenüber sind nach dieser Unterteilung alle anderen Akteure in den internationalen Beziehungen nur teilrechtsfähig. Sie haben nur die Fähigkeit, bestimmte Typen von Rechten oder einzelne Rechte zu haben, in Abhängigkeit von der Norm, welche ihnen die Rechtsfähigkeit explizit oder implizit zuerkennt.⁶⁷

Die Idee der beschränkten Rechtsfähigkeit leuchtet ein. Beispielsweise würde niemand behaupten, dass eine Privatperson einen Krieg erklären oder völkerrechtswirksam Gebiet erwerben kann. Allerdings müsste dann konsequenterweise auch der Staat als lediglich beschränktes Rechtssubjekt gelten. Denn Staaten haben gerade nicht – auch nicht potentiell – die Totalität aller im Völkerrecht möglichen Rechtspositionen inne. Sie können z.B. keine Menschenrechte genießen. Im Endeffekt gibt es nur partielle Völkerrechtssubjekte, die ganz unterschiedliche Rechte und Pflichten haben und sehr unterschiedlich „dicht“ sind.

Eine andere Einteilung bezieht sich auf die Frage, *gegenüber* wem die Völkerrechtssubjektivität wirkt; mit anderen Worten auf die Frage: Wer muss die Entität als Völkerrechtssubjekt anerkennen bzw. behandeln? Auf dieser Ebene werden die „ob-

⁶⁵ Zur allmählichen Anerkennung der beschränkten Völkerrechtspersönlichkeit einiger (nicht aller) internationalen Organisationen in der sowjetischen Lehre Chris Osakwe, *Contemporary Soviet Doctrine and the Juridical Nature of Universal International Organizations*, *AJIL* 65 (1971), 502–521. Zur Anerkennung der Völkerrechtssubjektivität des Individuums erst in der Endphase der sowjetischen Lehre Rein A. Mullerson, *Human Rights and the Individual as Subject of International Law: A Soviet View*, *EJIL* 1 (1990), 33–43, insb. 35.

⁶⁶ Kolb, *Personnalité juridique* 2002 (Fn. 59), 236, weiter ausgeführt auf 236–237.

⁶⁷ Beispielsweise reicht die Völkerrechtssubjektivität einer internationalen Organisation nach ganz überwiegender Ansicht nur so weit, wie es die Aufgaben der Organisation nach dem Gründungsstatut erfordern. Es gilt das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung. Weil die Völkerrechtssubjektivität der internationalen Organisationen abhängig vom Gründungsstatut ist, bleibt sie – so gesehen – „abgeleitet“ von den Staaten.

jektiven“/„*Erga omnes*“-Völkerrechtssubjekte den bloß „partikulären“ Subjekten gegenübergestellt. Objektive Völkerrechtspersönlichkeit soll heißen: Diese wirkt gegenüber allen Akteuren und eine eventuelle Anerkennung von Seiten anderer Subjekte wirkt nur deklaratorisch. In Bezug auf wichtige internationale Organisationen wird teilweise vertreten, dass diese eine „objektive“ Völkerrechtsfähigkeit hätten.⁶⁸ Wenn man die zu den Organisationen angestellten Überlegungen auf die Individuen überträgt, könnte man argumentieren, dass diese lediglich partikuläre Völkerrechtssubjekte seien.⁶⁹ Dann wäre z. B. ein Mensch nur gegenüber den Vertragsparteien der UN-Pakte Träger der darin garantierten Menschenrechte.

Eine wiederum andere Einteilung scheidet die „ursprünglichen“/„originären“/„geborenen“/„primären“/„notwendigen“/„natürlichen“/„direkten“ Völkerrechtssubjekte von den „abgeleiteten“/„derivativen“/„gekorenen“ Subjekten. Ursprüngliche (oder ähnlich benannte) Völkerrechtssubjekte sollen nur die Staaten sein: „L'Etat est le sujet à la fois originel et nécessaire du droit des gens. C'est lui, qui, *historiquement*, a mis en place un ordre juridique dont, *logiquement*, sa personnalité propre est un nécessaire présumé.“⁷⁰ Die Staaten sind nach dieser Ansicht nicht Rechtserzeugnis, sondern selbst Rechtserzeuger; sie sind das der Rechtsordnung vorgegebene Faktum; sie tragen selbst das Völkerrecht. Abgeleitet (oder ähnlich) heißt: Das Völkerrechtssubjekt wird erst innerhalb der schon vorgängig bestehenden Rechtsordnung konstituiert; der Subjektstatus wird der Einheit (von den Staaten) durch einen völkerrechtlichen Vertrag zuerkannt. Er kann dementsprechend auch wieder entzogen werden. Die Unterscheidung zwischen originären und derivativen Völkerrechtssubjekten und die damit einhergehende Ansicht, nur wer Erzeuger von Völkerrecht ist, könne auch vollwertiges Völkerrechtssubjekt sein, wiederholt damit die Unterscheidung zwischen Staaten und allen anderen politischen Einheiten.

Gegen die der Kategorisierung „geboren versus gekoren“ bzw. „originär versus derivativ“ zugrundeliegende Koppelung von Rechtsfähigkeit an Rechtserzeugungsfähigkeit werden noch dogmatische Einwände zu erheben sein (siehe unten Teil II.2.d)). Hinzu kommt, dass die angebliche Ursprünglichkeit bzw. Unabgeleitetheit der Staaten nicht auf historischen Fakten, sondern auf einer Überhöhung der Institution beruht. Diese findet ihre Parallele darin, dass die „Unabgeleitetheit“ als zentrales Element von Souveränität angesehen wird und deshalb für Staaten reserviert bleibt.⁷¹

⁶⁸ Grundlegend Finn Seyersted, *Objective International Personality of Intergovernmental Organizations: Do their Capacities Really Depend upon the Conventions Establishing them?* (Copenhagen 1963).

⁶⁹ So Peter Malanczuk, *Akehurst's Modern Introduction to International Law* (London: Routledge 1997), 104: „if states of the first group confer international rights on individuals, then individuals are subject of international law as far as those states are concerned“ (Hervorhebung der Verf.); ebenso Riccardo Pisillo-Mazzeschi, *International Obligations for Reparation Claims?*, in: Albrecht Randelzhofer/Christian Tomuschat (Hrsg.), *State Responsibility and the Individual: Reparation in Instances of Grave Violations of Human Rights* (The Hague: Martinus Nijhoff 1999), 149–172 (172): „relative“ oder „inter-partes“ Völkerrechtspersönlichkeit der Individuen.

⁷⁰ Joe Verhoeven, *Droit international public* (Bruxelles: Larcier 2000), 50 (Hervorhebungen der Verf.).

⁷¹ Georg Jellinek, *Allgemeine Staatslehre* (3. Aufl. Berlin: Verlag von O. Häring 1914), 489: „Staatsgewalt ist aber nicht weiter ableitbare Herrschergewalt, Herrschergewalt aus eigener Macht und daher zu eigenem Recht“. *Id.*, 180: „Er [der Staat] ist der einzige kraft ihm innewohnender ursprünglicher, rechtlich von keiner anderen Macht abgeleitete herrschende Verband.“ (Hervorhebungen der Verf.). Hierzu

Im Rahmen dieser Begrifflichkeit bleibt außer Acht, dass die meisten konkreten Staaten historisch durch Friedensvertrag, Sezession oder durch einen Dekolonisierungsprozess, also durchaus durch völkerrechtliche Akte, „erzeugt“ wurden und keine naturgegebenen Einheiten sind. Auf der anderen Seite können auch internationale Organisationen, die per Vertrag geschaffen wurden und deshalb als derivativ gelten, ihrerseits wieder Völkerrecht erzeugen.

Historisch gesehen hatten tatsächlich in der „klassischen“ Periode des Völkerrechts die zum Völkerrechtssubjekt aufgestiegenen Staaten die Rechtserzeugung monopolisiert. Auch heute noch sind sie die wichtigsten „creator-subjects“.⁷² Jedoch sind internationale Organisationen, andere Akteure der Zivilgesellschaft und sogar die Wirtschaft an der transnationalen Rechtserzeugung beteiligt.⁷³ Staaten und zwischenstaatliche Organisationen und in begrenztem Umfang nichtstaatliche Akteure sind somit sowohl-als-auch: sowohl Völkerrechtsprodukte als auch Rechtsproduzenten. So gesehen sind mehrere Kategorien von Akteuren, nicht nur Staaten, empirisch ebenfalls „primäre“ Völkerrechtssubjekte.

c) Materielle und prozessuale Rechte

Die Völkerrechtspersönlichkeit des Individuums hängt nicht von individualisierten internationalen Durchsetzungsmöglichkeiten ab. Demgegenüber lautete die traditionelle Auffassung, dass Menschen nur insoweit Völkerrechtssubjekte seien, als ihnen Verfahren zur selbständigen Durchsetzung ihrer Rechte vor internationalen Gerichten und ähnlichen Foren zur Verfügung stünden, ohne auf diplomatischen Schutz durch ihren Heimatstaat angewiesen zu sein.⁷⁴ Ansonsten seien Individuen maximal „potentielle“ Völkerrechtssubjekte.⁷⁵ In diesem Sinne schreibt etwa Bruno Simma, das mangels verfahrensmäßiger Durchsetzungsmöglichkeiten Menschen in einem „traditionellen“ (formalen) Sinne keine Völkerrechtssubjekte seien.⁷⁶

Roman Herzog, *Allgemeine Staatslehre* (Frankfurt a.M.: Athenaeum 1971), 88: „[B]ei dem Versuch, die Staatsgewalt von der Hoheitsgewalt aller anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts abzugrenzen, erlangte die Vorstellung, dass die Souveränität mit der Unabgeleitetheit aller staatlichen Gewalt gleichzusetzen sei, entscheidendes Gewicht.“

⁷² Anthony D'Amato, *International Law: Process and Prospect* (Irvington: Transnational Publ. 1995), 148.

⁷³ Anne Peters/Lucy Koechlin/Till Förster/Gretta Fenner Zinkernagel (Hrsg.), *Non-state Actors as Standard Setters* (Cambridge: CUP 2009).

⁷⁴ Hans Kelsen, *Principles of International Law* (2. Aufl. hrsg. von Robert W. Tucker, New York: Holt Rinehart and Winston 1966), 234, und die bis vor einigen Jahren überwiegende Auffassung. Siehe nur Alfred Verdross/Bruno Simma, *Universelles Völkerrecht* (Berlin: Duncker & Humblot 1984), 256; Ian Brownlie, *Principles of International Law* (7. Aufl. Oxford: OUP 2008), 57.

⁷⁵ Korowicz, *International Personality of Individuals* 1956 (Fn. 61), 535: „But if we do not endow the individual with even a partial, limited capacity for action before international judicial or political bodies, we may speak of him as of a potential subject of international law, because the protection of his international rights, directly conferred upon him, still rests with the state.“

⁷⁶ Bruno Simma, *Der Einfluss der Menschenrechte auf das Völkerrecht: Ein Entwurf*, in: Isabelle Buffard u.a. (Hrsg.), *International Law between Universalism and Fragmentation: Festschrift in Honour of Gerhard Hafner* (Leiden u.a.: Martinus Nijhoff 2008), 729–745, 734. Simma fügt aber hinzu, dass es aus „pragmatischer“ Sicht auf dieses formale Kriterium nicht entscheidend ankomme.

Diese Sichtweise verknüpft also die materielle Rechtsstellung mit der prozessualen. Ihr ist zuzugeben, dass der Gehalt von Individualrechten typischerweise erst durch Konflikte näher definiert wird. Wenn Rechte echte Ansprüche gewähren und nicht bloß programmatische Appelle sein sollen, müssen sie auch im Konfliktfall durchsetzbar sein.⁷⁷ Dieser Gedanke liegt dem englischen Rechtsspruchwort „no right without a remedy“ zugrunde. Im Völkerrecht ist die Forderung nach der Koppelung von Recht und Durchsetzbarkeit außerdem eine Manifestation des völkerrechtlichen Effektivitätsprinzips.⁷⁸

Dennoch schlage ich vor, die Verknüpfung von Rechtspersönlichkeit und der individuellen Klagebefugnis zu lösen.⁷⁹ Die „prozessuale“ Konzeption der Völkerrechtspersönlichkeit überzeugt aus mehreren Gründen nicht. Die überkommene Sichtweise, dass Recht klagbar sein muss, stammt aus dem römischen Aktionendenken. Hier kam es auf die *actio*, also auf die Definition des Klagebegehrens, an; ein hiervon getrenntes Konzept eines materiellrechtlichen Anspruchs war noch unentwickelt. Im *common law* ist es lange bei dieser Fixierung auf den *writ* und die damit zusammenhängende Formel „*remedies precede rights*“ geblieben.

Auch in der deutschen juristischen Debatte wurden der materielle und der prozessuale Aspekt des subjektiven (öffentlichen) Rechts oft vermengt. Die klassische *Jellinek*sche Definition des subjektiven öffentlichen Rechts als die „Fähigkeit, Rechtsnormen im individuellen Interesse *in Bewegung zu setzen*“⁸⁰, hat zu dieser Verwirrung beigetragen. Jedoch meinte *Jellinek* mit „in Bewegung setzen“ nur die Anrufbarkeit einer Norm durch den Bürger etwa vor Verwaltungsbehörden und nicht die Klagbarkeit als Vorbedingung der Existenz des subjektiven Rechts.⁸¹

Tatsächlich werden heute in wohl allen Rechtssystemen materielles und prozessuales Recht unterschieden. Während die römische Parömie „ubi actio, ibi ius“ wohl zutrifft, ist sie nicht umkehrbar. Es kann „ius“ ohne „actio“ geben. Bereits der Ständige Internationale Gerichtshof hatte ausgeführt: „Es ist kaum notwendig, darauf hinzuweisen, dass die Fähigkeit bürgerliche Rechte zu *besitzen* nicht notwendigerweise die Fähigkeit impliziert, diese auch selbst *auszuüben*.“⁸² Auch im *LaGrand*-Fall

⁷⁷ Michael Ignatieff, *The Attack on Human Rights*, Foreign Affairs 80 (2001) Nr. 6, 102–116 (108–109).

⁷⁸ Hierzu unten Teil III.2.

⁷⁹ Siehe in diesem Sinne bereits *Hersch Lauterpacht*, *The Subjects of the Law of Nations* (Part I), LQR 63 (1947), 428–460 (455). Im gegenwärtigen Schrifttum *Karl Doehring*, *Völkerrecht* (2. Aufl. Heidelberg: C. F. Müller 2004), Rn. 246–250.

⁸⁰ *Georg Jellinek*, *System der subjektiven öffentlichen Rechte* (Tübingen: Mohr 1905), 51 (Hervorhebung der Verf.). Siehe auch *Ottmar Bühler*, *Die subjektiven öffentlichen Rechte und ihr Schutz in der deutschen Verwaltungsrechtsprechung* (Berlin: Kohlhammer 1914), 224: „Subjektives öffentliches Recht ist diejenige rechtliche Stellung des Untertanen zum Staat, in der er auf Grund eines Rechtsgeschäftes oder eines zwingenden, zum Schutz seiner Individualinteressen erlassenen Rechtssatzes, auf den er sich der Verwaltung gegenüber soll berufen können, vom Staat etwas verlangen kann oder ihm gegenüber etwas tun darf.“ (Hervorhebung der Verf.). Zur Unterscheidung von der Einklagbarkeit *ibid.*, 12f.

⁸¹ Für *Jellinek* war der Bestand eines subjektiven öffentlichen Rechts unabhängig von der tatsächlichen prozessualen Durchsetzungsmacht des Rechtsträgers vor Gerichten. Vom Fehlen eines entwickelten Rechtsschutzes dürfe nicht auf das Fehlen des Individualanspruchs überhaupt geschlossen werden (*Jellinek*, *System* 1905 (Fn. 80), 349–361, insb. 351).

⁸² StIGH, *Peter Pázmány University Case*, Ser. A/B, No 61 (1935), 231 (Hervorhebung der Verf.). „It

nahm der Internationale Gerichtshof (IGH) ohne weiteres an, dass das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen (WÜK) ein „individuelles Recht erzeugt“, das (nur) vom Heimatstaat vor dem Gerichtshof geltend gemacht werden könne.⁸³

Demgegenüber stand die Koppelungsthese in der positivistischen Tradition, welche Sanktionen und zwangsweise Durchsetzbarkeit als begriffsnotwendige Elemente von Recht ansieht. Dieser Rechtsbegriff ist jedoch sehr eng und nicht allgemein anerkannt. Auch nicht einklagbares Recht erfüllt wichtige Ordnungs- und Legitimationsfunktionen. Dementsprechend sind auch im nationalen Recht zahlreiche Rechtsnormen nicht *gerichtlich* durchsetzbar. Insbesondere Vorschriften von Staatsverfassungen sind oft nicht justiziabel.⁸⁴

Ferner kann die von den Befürwortern des engen, prozessualen Begriffs der Völkerrechtspersönlichkeit zu Recht in den Blick genommene Abhilfemöglichkeit („remedy“) verschiedene Formen annehmen. Sie erfordert nicht unbedingt eine gerichtsförmige Feststellung, wie der prozessuale Begriff der Völkerrechtspersönlichkeit es implizierte. Dies gilt umso mehr, als im Völkerrecht die Grenzen zwischen der politisch-diplomatischen und der rechtlich-justizförmigen Streiterledigung, also der „power-based“ und „rights-based“ Konfliktlösung fließend sind. Im historischen Verlauf wurden manche diplomatische Konfliktlösungsmechanismen allmählich verrechtlicht, und auch die universellen Menschenrechtsschutzinstanzen wurden teilweise gerichtähnlicher.

Insbesondere für das Völkerrecht erscheint es unangemessen, die Existenz materieller Rechte und die Rechtspersönlichkeit des Einzelnen an die Verfügbarkeit von Klagemöglichkeiten gegen Staaten zu koppeln, weil die Staaten ohnehin keiner obligatorischen internationalen Gerichtsbarkeit (auch nicht gegenüber staatlichen Klägern) unterworfen sind.

Schließlich und vor allem unterschlägt die prozessuale Konzeption der Völkerrechtspersönlichkeit des Individuums, dass die Durchsetzung von Rechten auf verschiedenen Ebenen stattfinden kann, auf der internationalen und der nationalen. Sie unterschätzt die wichtige Rolle der nationalen Institutionen für die dezentralisierte Durchsetzung des Völkerrechts.

Aus allen diesen Gründen, vor allem wegen der wichtigen systemischen Funktion der nationalen Gerichte, erscheint es in dogmatischer Hinsicht inkonsistent, die dem Einzelnen verfügbaren Verfahren vor internationalen Durchsetzungsinstanzen zum Begriffsmerkmal der Völkerrechtspersönlichkeit des Individuums zu erheben.

is scarcely necessary to point out that the capacity to possess civil rights does not necessarily imply the capacity to exercise those rights oneself.“ Siehe auch AGMR, *Advisory Opinion Nr. 17, Judicial Condition and Human Rights of the Child*, vom 28. August 2002, Leitsatz 1 des Gutachtens (79), sowie zustimmendes Sondervotum *Cançado Trindade*, Rn. 6 und 8: Das Kind ist Träger von (Menschen)rechten unabhängig von seiner Handlungsfähigkeit („capacity“), also der Fähigkeit zur Ausübung dieser Rechte.

⁸³ IGH, *LaGrand Case* (Germany v. United States of America), ICJ Reports 2001, 466, Rn. 77.

⁸⁴ Vgl. im deutschen Grundgesetz die Staatsziele (Art. 3 Abs. 2 Satz 2; Art. 20 Abs. 1; Art. 20a; Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG). Siehe aus der schweizerischen Verfassung die Sozialziele des Art. 41 BV.

d) Rechtsfähigkeit und Rechtserzeugungsmacht

Obwohl Individuen im geltenden Völkerrecht Rechte und Pflichten haben, besitzen sie nicht die Fähigkeit zur Rechtserzeugung. Sie können in aller Regel keine völkerrechtlichen Verträge schließen und ihr Verhalten stellt keine relevante Praxis dar, die zur Bildung von Völkergewohnheitsrecht führen könnte.

Die fehlende Rechtserzeugungsmacht bedeutet gleichzeitig – so die herkömmliche Sichtweise –, dass „[d]ie Individuen nicht die Herren ihrer internationalen Rechte“ sind.⁸⁵ Damit soll ausgesagt werden, dass sie sich ihre völkerrechtlichen Rechte und Pflichten nicht *selbst* gegeben haben. Die Rechte (und auch die diesen vorgelagerte Rechtsfähigkeit) wurden ihnen von Staaten eingeräumt und können ihnen ebenso wieder genommen werden. Diese Überlegung bildet den Kern der Rede vom „abgeleiteten“ oder „passiven“⁸⁶ Völkerrechtssubjekt. Strengere Autoren, die einen engeren Begriff der Völkerrechtssubjektivität verwenden, sprechen wegen der fehlenden Völkerrechtssatzungskompetenz der Einzelmenschen diesen sogar die Völkerrechtssubjektivität ganz ab.⁸⁷ Aus jener Sicht sind Individuen immer noch anzusehen „als Objekt, dem Rechte zugesprochen oder zuerkannt werden, nicht als Herren [agents], von denen die Macht ausgeht, eine solche Zuerkennung vorzunehmen, (...) als Objekt, oder bestenfalls als Begünstigter von Ergebnissen, aber nicht als Herr des Verfahrens.“⁸⁸

Diese Koppelung der Subjektstellung an die Satzsetzungs-kompetenz des Akteurs ist jedoch weder theoretisch überzeugend, noch beruht sie auf rechtsempirisch zutreffenden Prämissen. Erstens spiegelt die Rede von der staatlichen „Zuerkennung“ der Rechtspersönlichkeit an Individuen eine strikt rechtspositivistische Auffassung der Rechtsfähigkeit des Menschen wieder, die mit guten Gründen in Frage gestellt werden kann.⁸⁹

Sie widerspricht zweitens der üblichen juristischen Dogmatik, die zwischen Rechtsträgerschaft und Rechtserzeugungsmacht unterscheidet. Im Zivilrecht werden Rechts- und Geschäftsfähigkeit unterschieden. Das öffentliche Recht kennt die Rechtsträgerschaft (z. B. Grundrechtsträgerschaft) einerseits und die Wahl- und

⁸⁵ Michel Cosnard, Rapport introductif, in: Société française pour le droit international (Hrsg.), Colloque de Mans: Le sujet en droit international (Paris 2005) 13–53 (51; Übersetzung der Verf.).

⁸⁶ Antoine Favre, Principes du droit des gens (Paris: Librairie de droit et de jurisprudence, Fribourg: Editions Universitaires 1974), 310: „On peut dès lors considérer comme sujets passifs du droit des gens les entités qui n'ont pas qualité pour établir des normes du droit international mais sont constituées par le droit international comme destinataires des règles du droit des gens, règles qui fixent leurs droits ou leurs obligations de caractère international: ainsi en est-il ... dans certains cas de l'individu.“ (Hervorhebungen weg gelassen). Siehe auch Kolb, Personalité juridique 2002 (Fn. 59), insb. auf 236 und 239.

⁸⁷ Prosper Weil, Le droit international en quête de son identité: cours générale de droit international public, Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law 237 (1992, 24/VI), 9–370 (122): Individuen sind nur Objekte des Völkerrechts weil sie selbst kein Völkerrecht setzen, sondern ihnen nur gewisse Rechte und Pflichten von Staaten zuerkannt wurden. Mit eingehender Begründung auch Theodor Schweisfurth, Völkerrecht (Tübingen: Mohr Siebeck 2006), Rn. 9–14 und 138–147.

⁸⁸ Joseph H. H. Weiler, The Geology of International Law – Governance, Democracy and Legitimacy, ZaöRV 64 (2004), 547–562 (558; Übersetzung der Verf.).

⁸⁹ Hierzu unten Teil II.2. e) cc).

Stimmberechtigung (Befähigung zur Mitwirkung an der Rechtserzeugung) andererseits. Somit ist die Unterscheidung von Rechtsfähigkeit und Rechtserzeugungsfähigkeit im Völkerrecht sowohl in der traditionellen Privatrechtsanalogie (dazu sogleich) als auch in der moderneren Vorstellung vom Völkerrecht als internationales öffentliches Recht⁹⁰ systemkonform. Die These, nur wer Erzeuger von Völkerrecht ist, könne auch (vollwertiges) Völkerrechtssubjekt sein, ist deshalb dogmatisch wenig anschlussfähig.

Aus öffentlichrechtlicher Perspektive ist selbstverständlich, dass Einzelpersonen auch im nationalen Bereich nicht autarke Rechtssetzer sind, sondern nur Mitgesetzgeber, indem sie ihr demokratisches Wahlrecht und ihre direktdemokratischen Stimmrechte ausüben. Nach üblicher Auffassung setzt sich diese demokratische Repräsentation der Bürger sogar bis in die Völkerrechtssatzung fort. Die Regierungen, welche die Verträge schließen sind ja in demokratischen Staaten ebenfalls echte Repräsentanten der Bürger. Insofern wäre auch die Völkerrechtserzeugung in einem sehr beschränkten Sinne Satzsetzung der Individuen. Allerdings sind hier die Legitimationsketten sehr lang, und außerdem sind auch nichtdemokratische Staaten an der Vertragserarbeitung beteiligt, so dass das Konzept einer indirekten völkerrechtlichen Satzsetzung über ihre Regierungen letztlich nicht trägt.

Drittens setzt die Annahme, dass im Völkerrecht nur diejenigen Akteure Subjekte seien, die auch Rechtserzeuger sind, einen strengeren Subjektbegriff ein als im nationalen Recht. Diese besondere Strenge kann m. E. nicht mit einer spezifischen Struktur des Völkerrechts erklärt und gerechtfertigt werden, etwa dahingehend, dass der „Grundsatz der Mediatisierung des Einzelnen im Völkerrecht aus dem Charakter des Völkervertragsrechts als einer zwischenstaatlichen Konsensrechtsordnung folg[e]“. ⁹¹ Diesem Einwand liegt nämlich die überholte Prämisse zugrunde, dass das Völkerrecht eine horizontale, genossenschaftliche Ordnung sei, die darin bestehe, dass sich Subjekte *selbst* binden. Nur unter dieser Prämisse könnten Rechte und Pflichten nur für diejenigen, die ihnen zugestimmt haben, erwachsen. Die Legitimation, oder in der altmodischen Terminologie, der „Geltungsgrund“ des Völkerrechts läge in der staatlichen Zustimmung. Tatsächlich wären in diesem Schema nur diejenigen Rechtssubjekte, die gleichzeitig auch die Rechtserzeuger sind. Die rein privatrechtsanaloge Konstruktion des Völkerrechts („Völkerrecht als großgeschriebenes Privatrecht“⁹²) trifft allerdings die Rechtsrealität nicht ganz. Bereits völkergewohnheitsrechtliche Normen sind zu einem gewissen Grad unabhängig von der Zustimmung einzelner Staaten, da sie schon aus einer allgemeinen (nicht notwendig uniformen) Praxis und *opinio iuris* entstehen, an der auch andere Völkerrechtssubjekte neben den Staaten beteiligt sein können. Die Privatrechtsanalogie ist ferner durch vielfältige Rechtsentwicklungen, die von der Anerkennung von *Erga omnes*-Normen über *Ius cogens* bis zur Praxis von Mehrheitsentscheidungen für die Verabschiedung von Sekundärrecht in internationalen Regimen reichen, überholt. Im neu konfigurierten gegenwärtigen

⁹⁰ Hierzu Armin von Bogdandy/Rüdiger Wolfrum/Jochen von Bernstorff/Philipp Dann/Matthias Goldmann (Hrsg.), The Exercise of Public Authority by International Institutions (Heidelberg: Springer 2010).

⁹¹ Bernd Grzeszick, Rechte des Einzelnen im Völkerrecht, AVR 43 (2005), 312–344 (335).

⁹² Thomas Holland, Studies in International Law (Oxford: Clarendon 1898), 152.

Völkerrecht gibt es keinen rechtskonstruktiven Grund, der es erlauben würde, die Rechtsträgerschaft auf rechtserzeugungsfähige Akteure zu beschränken.

Hinzu kommt viertens, dass die Charakterisierung von Individuen als bloße Konsumenten des Völkerrechts dem tatsächlichen Bestand ihrer völkerrechtsgenerierenden Möglichkeiten nicht gerecht wird – trotz der Tatsache, dass Individuen keine völkerrechtlichen Verträge schließen können. Die von Staaten geschaffene internationale Rechtsposition (Rechte und Pflichten) natürlicher Personen ermöglicht den Einzelmenschen, ihrerseits *neben* Staaten an Prozessen der Völkerrechtserzeugung teilzunehmen. So besitzen transnationale Unternehmen, also juristische Personen des (nationalen) Privatrechts, nach neuerer Auffassung die Kompetenz, quasi-völkerrechtliche oder transnationalisierte Verträge mit Staaten zu schließen.⁹³ Abgesehen von dieser Sondersituation, deren völkerrechtliche Qualifikation sehr problematisch ist, ist die Teilnahme von Privaten an der Völkerrechtssetzung nur rudimentär. Sie geschieht mittels informeller und zum Teil formalisierter Beteiligung an der Erarbeitung von Völkerrechtsverträgen und dem Erlass von Sekundärnormen in internationalen Vertragsregimen. Ein weiterer Kanal der Einflussnahme auf die Völkerrechtserzeugung sind parlamentarische Versammlungen in internationalen Organisationen, welche die Bürger der Mitgliedstaaten entweder als direkte Repräsentanten (wie im EU-Parlament) oder als Angehörige des jeweiligen mitgliedstaatlichen Parlaments vertreten. Allerdings haben diese Versammlungen, mit der Ausnahme des EU-Parlaments, nur Konsultativbefugnisse. Und die mächtigsten internationalen Organisationen, nämlich die Vereinten Nationen (UN) und die WTO, besitzen gar keine parlamentarische Versammlung.

Ein qualitativ wichtigerer Modus der Beteiligung natürlicher Personen an der Völkerrechtserzeugung neben den Staaten (die idealerweise ihrerseits ihre Bürger vertreten) geschieht über NGOs.⁹⁴ Ferner gibt es sehr schwache Partizipationsformen von Minderheiten und indigenen Völkern, etwa nach Vorschriften der Weltbank und privater Finanzinstitutionen.⁹⁵ Normativ bewerte ich diesen Vorgang als Fortschritt. Ich halte es für wünschenswert, dass der Trend zur Aufwertung von Individuen nicht nur als Völkerrechtsträger, sondern auch als Rechtserzeuger fortgeführt wird. Die juristische Vorgabe hierfür liefert das Menschenrecht auf Teilnahme an der politischen Willensbildung (Art. 25 IPBürg). Ähnlich wie bei dem sogleich zu disku-

⁹³ Georg Dahm/Jost Delbrück/Rüdiger Wolfrum, *Völkerrecht* (2. Aufl. Berlin: De Gruyter 2002), Bd. I/3, 531; Matthias Herdegen, *Internationales Wirtschaftsrecht* (3. Aufl. München: Beck 2002), 234; Waldemar Hummer in: Hans-Peter Neuhold/Waldemar Hummer/Christoph Schreuer (Hrsg.), *Österreichisches Handbuch des Völkerrechts* (4. Aufl. Wien: Manz 2004), Bd. I, 238; Pierre-Marie Dupuy, *Droit international public* (7. Aufl. Paris: Dalloz 2004), 263; Karsten Nowrot, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht: Konsequenzen der Beteiligung transnationaler Unternehmen an den Rechtssetzungsprozessen im internationalen Wirtschaftssystem* (Berliner Wissenschaftsverlag 2006), 562–595.

⁹⁴ Hierzu Anne Peters, *Membership in the Global Constitutional Community*, in: dies./Jan Klabbers/Geir Ulfstein, *The Constitutionalization of International Law* (Oxford: OUP 2009), 153–262 (225–227). Man könnte selbst die stark intensivierten völkerrechtlichen Transparenzfordernisse, die an die Völkerrechtserzeugung gestellt werden, als eine indirekte Legalisierung der Beteiligung Privater und Mitgliedern der globalen Zivilgesellschaft ansehen. Transparenz ermöglicht die öffentliche Kenntnisnahme von Rechtssetzungsvorhaben (z.B. Vertragsprojekten) und ist die Vorbedingung für öffentliche Kritik und Protest. Dies sind negative Formen der Mitwirkung an der Rechtsentwicklung.

⁹⁵ *Ibid.*, 159–161.

tierenden Menschenrecht auf Rechtsfähigkeit kann man argumentieren, dass Art. 25, in einer Welt des immer intensiver werdenden globalen Regierens, auch im Sinne eines Rechts auf Teilnahme an der Erzeugung von Völkerrecht ausgelegt werden sollte. Insgesamt wird durch die international garantierten formalen *Beteiligungsrechte* nichtstaatlicher Akteure die Linie zwischen Rechtserzeugern und „nur“ Rechtsträgern verwischt. Die Rechte auf Beteiligung („participation“) liegen, könnte gesagt werden, auf halbem Weg zwischen der bloßen Inhaberschaft von Rechten und der Fähigkeit Recht zu setzen.

Ein bereits ausgebildetes Vehikel einer rudimentären Völkerrechtserzeugungsmacht Einzelner liegt in den individuellen Klage- oder Beschwerdebefugnissen, mit denen Individuen internationale gerichtliche oder schiedsgerichtliche Verfahren, etwa vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof oder vor ICSID-Schiedsgerichten einleiten können. Derartige Beschwerden generieren einen Korpus von Richterrecht. Dieser entwickelt zum einen das Völkerrecht allgemein, und hat außerdem speziell die Rechte und Pflichten natürlicher Personen gestärkt und ausgeweitet.⁹⁶ Weil die internationalen Richter und Schiedsrichter richterliche Unabhängigkeit genießen, findet diese Rechtsfortbildung ohne direkte Regierungskontrolle statt. Die individuelle Klagebefugnis ist deshalb ein begrenzt funktionales Äquivalent zur Rechtserzeugungsmacht der Staaten. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass zum einen Privatpersonen empirisch ansatzweise in die internationale Rechtssetzung einbezogen werden, dass aber dogmatisch die Völkerrechtsfähigkeit ohnehin nicht mit der Völkerrechtssetzungskompetenz in eins gesetzt werden sollte. Die mangelnde Rechtssetzungskompetenz von Individuen steht also ihrer Völkerrechtssubjektivität nicht entgegen.

e) Rechtsgrundlage der Völkerrechtssubjektivität des Menschen

In einem modernen Rechtssystem kann die Rechtsfähigkeit kaum transzendent aus der „Natur“ gewisser Akteure abgeleitet werden. Die Rechtsfähigkeit muss also in einem Rechtsakt vorgeschrieben oder zugelassen sein. Der Rechtssatz, der einem Akteur speziell die *Völkerrechtsfähigkeit* zuerkennt, muss seinerseits einer der anerkannten Völkerrechtsquellen zuordenbar sein. Eine Norm dahingehend, dass beispielsweise der Mensch völkerrechtsfähig ist, müsste also im Völkergewohnheitsrecht, in einer Völkervertragsvorschrift oder schließlich in einem allgemeinen Rechtsgrundsatz verkörpert sein (Art. 38 Abs. 1 IGH-Statut).

aa) Vertrag

Explizite vertragliche Vorschriften, die einem Akteur die Völkerrechtssubjektivität zusprechen, gibt es ersichtlich nur in Bezug auf internationale Organisationen. So lautet beispielsweise Art. 4 Abs. 1 Satz 1 des Statuts über den Internationalen Strafge-

⁹⁶ Auch in (internationalen) Strafverfahren wirken die angeschuldigten Individuen als Katalysator der Entwicklung des internationalen Strafrechts.

richtshof: „Der Gerichtshof besitzt Völkerrechtspersönlichkeit.“ Parallele Normen über die Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen, die diesem im Stil nationaler Gesetze wie § 1 des deutschen BGB oder Art. 11 des schweizerischen ZGB ausdrücklich die (Völker-)rechtsfähigkeit zusprechen würden, existieren nicht.

Jedoch könnten völkerrechtliche Verträge eine implizite Aussage über die Völkerrechtspersönlichkeit einer Entität treffen. So verleihen die Gründungsverträge einiger internationaler Organisationen implizit der durch sie konstituierten Organisation die Völkerrechtspersönlichkeit. Bekanntlich hat der IGH im *Reparations for Injuries*-Fall die Völkerrechtssubjektivität der Vereinten Nationen (UN) daraus abgeleitet, dass den UN in der Charta bestimmte Funktionen zugewiesen wurden. Um diese zu erfüllen, benötigen die UN die Völkerrechtssubjektivität. Also ist diese der Organisation implizit durch die UN-Charta zugewiesen worden.⁹⁷ Die Übertragung einer solchen funktionalistischen Argumentation auf den Menschen wäre allerdings mit dem Bild des Menschen als Zweck an sich selbst, das der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zugrunde liegt, kaum vereinbar.

Eine andere, wohl üblichere Art der vertragsbezogenen Begründung der Völkerrechtssfähigkeit des Menschen ist der Rückschluss von der Einräumung eines Individualrechts auf die darin mitenthaltene implizite Norm, dass der Mensch auch fähig ist, dieses Recht innezuhaben. Ebenso wie das explizite Recht wäre auch die implizite Rechtsfähigkeit (als Vorbedingung des konkreten Rechts) in diesem Fall rein vertragsbasiert und dementsprechend punktuell.

Es kommt dann darauf an, welche Vertragsvorschriften überhaupt Individualrechte einräumen. Bisher wurde der Vertragsauslegung eine unausgesprochene Präsumtion *gegen* Individualrechte zugrunde gelegt. Trotz der wörtlichen Einräumung von Rechten, etwa in den Genfer Abkommen zum humanitären Völkerrecht⁹⁸ oder im eingangs genannten Sklavereiabkommen⁹⁹ wurden völkervertragliche Rechte und Pflichten von Individuen in der Regel abgelehnt.

⁹⁷ IGH, *Advisory Opinion, Reparations for Injuries Suffered in the Service of the United Nations*, ICJ Reports 1949, 174–220 (179f.).

⁹⁸ Unter anderem folgende Vorschriften nennen explizit „Rechte“, „Ansprüche“, „Freiheiten“ oder „Garantien“ zugunsten des Einzelnen: Art. 3, Art. 12, Art. 13, Art. 18, Art. 23 Abs. 1 lit. h), Art. 32 und Art. 46 Abs. 1 Haager Landkriegsordnung (1907); Art. 6 Abs. 1, Art. 7, Art. 14 Abs. 1, Art. 50 Abs. 2, Art. 54 Abs. 2, Art. 78 Abs. 1 und 2, Art. 84 Abs. 2, Art. 96 Abs. 4, Art. 105 Abs. 1, Art. 106, Art. 113 Abs. 1, Art. 129 Abs. 4 und Art. 130 Genfer Abkommen (GA) III von 1949; Art. 5 Abs. 3, Art. 7 Abs. 1, Art. 8, Art. 27 Abs. 1, Art. 35 Abs. 1 und 2, Art. 38, Art. 40 Abs. 4, Art. 43 Abs. 1, Art. 48, Art. 52 Abs. 1, Art. 72 Abs. 1, Art. 73, Art. 75 Abs. 1, Art. 76 Abs. 3, 6 und 7, Art. 78 Abs. 2, Art. 80, Art. 101 Abs. 1 und 2, Art. 146 Abs. 4 und Art. 147 GA IV; Art. 11 Abs. 5, Art. 32, Art. 44 Abs. 2, 5 und 6, Art. 45, Art. 56 Abs. 3, Art. 72, Art. 79 Abs. 2 und Art. 85 Abs. 4 lit. e) ZP I; Art. 4 Abs. 1, Art. 5 Abs. 1 lit. e) und Art. 6 Abs. 2 lit. a) und e) und Abs. 3 ZP II. Ausserdem enthält Art. 75 ZP I eine Liste von Rechten und Verfahrensgarantien. Diese Rechte werden teilweise ausdrücklich als unverzichtbar bezeichnet „Die Kriegsgefangenen können in keinem Falle ... auf die Rechte verzichten, die ihnen das vorliegende Abkommen ... verleiht.“ (Art. 7 des GA III; Hervorhebung der Verf., siehe die Parallelnormen Art. 7/7/8 in den anderen Abkommen). Nach Art. 6 des III. Genfer Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen darf „[e]ine Sondervereinbarung [der Hohen Vertragsparteien] ... weder die Lage der Kriegsgefangenen ... beeinträchtigen noch die Rechte beschränken, die ihnen das Abkommen verleiht.“ Nach Art. 11 ZP I dürfen selbst mit Zustimmung der betroffenen Person keine wissenschaftlichen Versuche vorgenommen oder Organe entfernt und ähnliche Handlungen vorgenommen werden.

⁹⁹ Fn. 22.

Eine derartige Vermutung gegen Individualrechte ist nicht mehr gerechtfertigt. Internationale Individualrechte und -pflichten sind nicht mehr die Ausnahme, die speziell nachgewiesen werden müsste. Ganz im Gegenteil begründet die heute anerkannte normative Zentralität des Menschen im Völkerrecht eher eine umgekehrte Vermutung. Das Anwachsen punktueller Individualrechte und Pflichten in Verbindung mit der Ausstrahlungswirkung der internationalen Menschenrechte und der immer stärkeren Ausrichtung des geltenden Völkerrechts auf das Individuum erlauben heute die Annahme, dass völkervertragsrechtliche Normen, welche die Interessen von natürlichen Personen unmittelbar tangieren, auch individualschützend sind, somit internationale subjektive Rechte enthalten und damit wiederum implizit die Rechtsfähigkeit des Individuums voraussetzen. Eine solche Vermutung kann sich auf das Prinzip der menschenrechtskonformen Auslegung von Völkervertragsrecht stützen. Sofern der Wortlaut einer Vertragsvorschrift nicht entgegensteht, ist eine Auslegung im Sinne eines Individualrechts systemkonform und teleologisch gerechtfertigt. Die „humanisierte“ Auslegung der Vorschrift des Art. 36 des WÜK, welcher der internationale Gerichtshof, gestützt auf den klaren Wortlaut des Abkommens und entgegen den *travaux préparatoires* Individualrechte entnahm,¹⁰⁰ ist ein Beispiel für eine derart dynamische Interpretation eines Völkerrechtsvertrages.

Dennoch bleibt der induktive Rückschluss von der Gewährung bestimmter Rechte auf die jeweilige (punktueller) Rechtsfähigkeit unbefriedigend – selbst mit der Zuhilfenahme der Vermutung der Individualberechtigung. Denn die dogmatische Funktion des Konzepts der Rechtsfähigkeit ist es, eine allgemeine Voraussetzung der Rechtsträgerschaft darzustellen. Sie soll deshalb nicht lediglich von Fall zu Fall *ad hoc* aufgestellt werden. Es müsste also nach einer allgemeinen völkergewohnheitsrechtlichen Norm über die Völkerrechtssfähigkeit des Menschen gesucht werden.

bb) Völkergewohnheitsrecht

Die Norm, dass der Mensch Völkerrechtssubjekt ist, findet sich mittlerweile im Völkergewohnheitsrecht.¹⁰¹ Sie ist implizit enthalten in denjenigen Garantien des humanitären Völkerrechts und den zentralen Menschenrechten, die zum Bestand des *ius cogens* gehören und insofern nicht per Vertrag abgeschafft werden können. Diese Bestimmungen bilden die ausreichende Grundlage für ein „natürliches“ Recht von Individuen auf Völkerrechtspersönlichkeit.¹⁰² Hinzu kommt das neue Phänomen der massiven Ausweitung der internationalen Individualrechte und Pflichten jenseits der Menschenrechte.¹⁰³ Die Rechte fließen beispielsweise aus Auslieferungsverträgen,

¹⁰⁰ IGH, *LaGrand Case* (Fn. 83), Rn. 77.

¹⁰¹ Higgins, *Problems and Process* (Fn. 43), 53f.

¹⁰² Patrick Daillier/*Allain Pellet*, *Droit international public* (7. Aufl. Paris: LGDJ 2002), 650.

¹⁰³ Dieses Phänomen ist im einzelnen beschrieben in Peters, *Membership* 2009 (Fn. 94), 153–262 (157–179). Siehe für die parallele, bereits weiter fortgeschrittene Herausbildung europarechtlich geschützter subjektiver Rechte „unterhalb der Verfassungsebene“ die Bestandsaufnahme von Stefan Kadelbach, *Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluss* (Tübingen: Mohr Siebeck 1999), 410–441.

aus Freundschafts- und Niederlassungsverträgen,¹⁰⁴ aus Doppelbesteuerungsabkommen, aus Verkehrsverträgen, aus Verträgen über das geistige Eigentum, aus Investitionsschutzverträgen oder aus Verträgen über die Rechtsstellung von Ausländern. Besonderes Aufsehen hat die bereits erwähnte Ableitung von Individualansprüchen aus dem WÜK, das nach der historischen Absicht der Vertragsschließenden primär zwischenstaatliche Beziehungen regeln sollte, durch den IGH erregt, nicht zuletzt, weil hier Individualrechte und *neben* die staatlichen Ansprüche aus dem Vertrag gestellt wurden.¹⁰⁵

Diese bedeutende relativ neue Praxis der Berechtigung und Inpflichtnahme von Individuen darf als gewohnheitsrechtsgenerierende allgemeine und ausreichend dauernde Übung gelten. Die Ausführungen der internationalen und nationalen Gerichte und außenpolitischen Akteure zeigen auch, dass prinzipielle Einwände gegen eine Rechtspersönlichkeit des Einzelnen weitgehend irrelevant geworden sind. Die Rechtsüberzeugung mehrerer Staaten scheint somit in Richtung einer selbstverständlichen Akzeptanz einer nicht *per se* nur punktuellen Völkerrechtssubjektivität des Einzelnen zu gehen.

Hinzu kommt, dass völkerrechtliche Individualansprüche, vor allem viele Menschenrechte, auch gewohnheitsrechtlich fundiert sind.¹⁰⁶ So argumentiert etwa *Antonio Cassese*, es sei „konsistent aus Sicht juristischer Logik, aber auch im Einklang mit den neuen Trends, die sich in der Weltgemeinschaft herausgebildet haben,“ völkergewohnheitsrechtliche Rechte anzunehmen, die direkt Individuen zukommen. „Sie haben Anspruch auf Respekt ihres Lebens und ihrer körperlichen Unversehrtheit, und ihrer Würde, somit haben sie ein Recht darauf, nicht Opfer von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Aggression, Folter und Terrorismus zu werden.“¹⁰⁷

Zwar werden vereinzelt noch nicht einmal die Menschenrechte prinzipiell als Individualrechte anerkannt.¹⁰⁸ Der These vom nur-objektiven Menschenrecht steht aber sowohl der Wortlaut der Menschenrechtsverträge als auch ihr Sinn und Zweck entgegen. „Wäre das Gebot, Menschenrechte zu beachten, nur objektives Recht, verlöre der Begriff unabdingbarer Menschenrechte seinen Sinn.“¹⁰⁹

¹⁰⁴ IGH, *Case Concerning Ahmadou Sadio Diallo* (Republik Guinea v. Demokratische Republik Kongo), Urteil vom 24. Mai 2007, Rn. 87.

¹⁰⁵ IGH, *LaGrand Case* (Fn. 83), Rn. 77.

¹⁰⁶ Siehe aber *Albrecht Randelzhofer*, der noch 1999 annahm, dass sämtliche völkerrechtlichen Individualansprüche letztlich vertragsbasiert seien, dass dem Individuum also kein einziger internationaler Anspruch kraft Völkergewohnheitsrecht zukomme (*Albrecht Randelzhofer*, *The Legal Position of the Individual under Present International Law*, in: *Randelzhofer/Tomuschat, State Responsibility 1999* (Fn. 69), 231–242 (234)).

¹⁰⁷ *Antonio Cassese*, *International Law* (2. Aufl. Oxford: OUP 2005), 145 (Übersetzung der Verf.). In diesem Sinne auch *Christian Tomuschat* für ein „persönliches Recht des Individuums, nicht Völkermord ausgesetzt zu sein“ (*Christian Tomuschat*, *Individual Reparation Claims in Instances of Grave Human Rights Violations: The Position under General International Law*, in: *Randelzhofer/Tomuschat, State Responsibility 1999* (Fn. 69), 1–25 (13; Übersetzung der Verf.).

¹⁰⁸ So *Randelzhofer*, *Legal Position 1999* (Fn. 106), 235: Erst eine genaue Auslegung könne zeigen, ob eine konkrete Norm eines Menschenrechtsvertrages Individualrechte gewährt.

¹⁰⁹ *Doehring*, *Völkerrecht 2004* (Fn. 79), Rn. 249 (113). Eine Menschenrechtsverletzung ist nicht nur eine Verletzung der Rechte anderer Staaten bzw. aller Staaten im Sinne einer *erga omnes* bzw. *Erga omnes*

Wenn wir also davon ausgehen, dass internationale Menschenrechte prinzipiell echte subjektive Rechte darstellen, und ferner akzeptieren, dass viele von ihnen, etwa das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, als Völkergewohnheitsrecht gelten, dann ist auch die ihnen vorausgesetzte Völkerrechts- (konkret: Menschenrechts-)fähigkeit gewohnheitsrechtlich fundiert.

Der nach dem Gesagten zum Teil vertraglich, zum Teil völkergewohnheitsrechtlich geknüpfte Teppich aus Individualberechtigungen wird immer dichter. Damit wird auch die darin liegende Zuerkennung der Individualrechtsfähigkeit immer mehr zum Normalfall.

cc) Menschenrecht

Eine weitere Rechtsgrundlage der Völkerrechtssubjektivität des Menschen ist im menschenrechtlichen Recht auf Rechtspersönlichkeit zu finden. Nach Art. 6 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und Art. 16 Abs. 2 IPBürg hat jedermann „das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden“.¹¹⁰ Diese Kodifikationen sind die historische Reaktion auf die Praxis totalitärer Regime, ihren politischen Gegnern alle Rechte abzuerkennen („bürgerlicher Tod“). Diese Vorschriften waren nach der ursprünglichen Intention der Verfasser auf die nationalstaatliche Ebene bezogen, als Garantie der Rechtsfähigkeit im nationalen Recht, vor allem im Zivilrecht. Die weltweite Verankerung des Prinzips der Rechtsfähigkeit natürlicher Personen in nationalen Rechtsordnungen und die Notstandfestigkeit dieses Menschenrechts nach Art. 4 Abs. 4 IPBürg deuten darauf hin, dass das Recht auf Rechtsfähigkeit sowohl als Völkergewohnheitsrecht als auch als allgemeiner Rechtsgrundsatz gilt, jedenfalls mit der traditionellen Reichweite.

Der Wortlaut „überall“ erlaubt jedoch eine dynamische Auslegung dieser Texte. Teleologisch kann man argumentieren, dass die Garantie in Zeiten der Globalisierung und der Verquickung der nationalen und der internationalen Rechtssphäre entwertet würde, wenn die Rechtsfähigkeit weiterhin auf das nationale Recht begrenzt würde. Angesichts der Tatsache, dass internationales Recht das Leben von Menschen erheblich berührt, beträfe das Fehlen eines internationalen Rechtsstatus die Menschen in ähnlicher Weise wie das Fehlen eines innerstaatlichen Rechtsstatus in früheren Zeiten Sklaven und Vogelfreie betraf. Je mehr das Völkerrecht das Verhalten Einzelner reguliert, desto wichtiger werden völkerrechtlich relevante Individualrechte und Pflichten. Und desto praktisch bedeutsamer wird auch ein staatsunabhängiges „Recht auf Rechte“, das neben die Staatsangehörigkeit, dem klassischen „Recht auf Rechte“ im Sinne *Hannah Arendts*,¹¹¹ tritt.

Deshalb sollten die genannten Vorschriften dynamisch dahingehend ausgelegt werden, dass sie nicht auf die nationalrechtliche Ebene begrenzt sind, sondern auch

partes-Konstruktion. In diesem Fall wäre der Betroffene rechtlich gesehen nicht einmal in der Lage, Notwehr auszuüben (*ibid.*, Rn. 248 (112)).

¹¹⁰ So Art. 16 IPBürg. Art. 6 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung lautet: „Jeder Mensch hat überall Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson“ (Hervorhebungen der Verf.).

¹¹¹ *Hannah Arendt*, *The Origins of Totalitarianism* (New York: Harcourt, Brace and Company 1951), 287–298, insb. 294.

die völkerrechtliche Rechtsfähigkeit garantieren. Die historische Fokussierung auf die bürgerliche (also zivilrechtliche) Rechtsfähigkeit steht einer internationalisierten Auffassung nicht entgegen, denn das Völkerrecht ist weder Zivilrecht noch öffentliches Recht. Art. 6 Allgemeine Menschenrechtserklärung und Art. 16 Abs. 2 IPBürg gewähren, so interpretiert, ein Menschenrecht auf Völkerrechtssubjektivität. Damit wäre die Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen nicht mehr nur derivativ und partikulär, sondern originär.

Sie wäre originär, weil sie nicht nur aus den in diversen Verträgen zuerkannten Rechten als deren implizite Vorbedingung rückgeschlossen wird, sondern ein Teil des Menschenrechts wäre. Als Menschenrecht kommt das Recht auf Rechte dem Menschen kraft seines Menschseins zu. Die rechtsphilosophische Begründung hierfür kann offen bleiben.

Wenn die Rechtsfähigkeit des Menschen originär ist, ist sie auch nicht sachlich begrenzt. Jedoch fließen aus der Rechtsfähigkeit, die ein Potential ist, ohnehin keine konkreten Rechte oder Pflichten.¹¹² Weil die Völkerrechtspersönlichkeit keinen festen Bestand an Rechten impliziert, passt somit die Kennzeichnung als „umfassend“ nicht, weder für den Menschen noch für Staaten.

f) Individualismus, Monismus und Dualismus

Steht und fällt aber nicht die hier postulierte Völkerrechtsfähigkeit des Individuums mit der Antwort auf die allgemeinere Frage des Verhältnisses zwischen dem Völkerrecht und dem innerstaatlichen Recht? Der Schlüsselbegriff der „Mediatisierung“ des Individuums durch ihre Staaten verknüpft beide Fragen. Denn „mediatisiert“ heißt „vermittelt“. Dementsprechend wird der Erwerb eigener völkerrechtlicher Rechte als „Immediatisierung“ des Individuums in seinem Verhältnis zum Völkerrecht bezeichnet.¹¹³ Das verbreitete Verständnis von Völkerrechtssubjektivität als Völkerrechtsunmittelbarkeit¹¹⁴ schließt es definitiv aus, dass Individuen Völkerrechtssubjekte sein können, solange das staatliche Recht und das nationale Recht als verschiedene Rechtsordnungen angesehen werden.

Dementsprechend hat *Gaetano Arangio-Ruiz* die heutige Völkerrechtswissenschaft in zwei große Denkschulen eingeteilt, diejenigen, welche das Völkerrecht als „zwischen-staatliches System“ ansehen und die anderen, die das Völkerrecht als „inter-individuelles System“ begreifen. Nach *Arangio-Ruiz* entsprechen diese Lager den früheren Schulen des Dualismus und des Monismus.¹¹⁵

Tatsächlich schien innerhalb des herkömmlichen konzeptionellen Gerüsts (Monismus versus Dualismus) die Völkerrechtssubjektivität des Individuums überhaupt nur nach monistischer Sichtweise möglich. Beispielsweise vertrat *Hans Kelsen* in seiner Haager Vorlesung zu den Systembeziehungen zwischen dem nationalen Recht

¹¹² Siehe unten Teil II.3.

¹¹³ *Andreas Fischer-Lescano*, Subjektivierung völkerrechtlicher Sekundärregeln, AVR 45 (2007), 299–381 (306).

¹¹⁴ So z.B. *Albert Bleckmann*, Völkerrecht (Baden-Baden: Nomos 2001), 46.

¹¹⁵ *Gaetano Arangio-Ruiz*, Dualism Revisited: International and Interindividual Law, *Rivista di diritto internazionale* 96 (2003), 909–999 (914f.).

und dem Völkerrecht vehement die Auffassung, dass die Individuen die eigentlichen Subjekte des Völkerrechts seien.¹¹⁶ Im Gegensatz dazu leugneten die großen Dualisten die Völkerrechtssubjektivität des Individuums. *Dionisio Anzilotti* sprach von einer „offenkundigen Verwechslung der Völkerrechtsordnung mit einem angeblichen allgemeinen ‚Menschheitsrecht‘“, mit einer „nicht vorhandenen Rechtsordnung der Menschheit“.¹¹⁷ Nach *Heinrich Triepel* war es „vor allem unmöglich, dass ein Satz der einen Rechtsordnung in Konflikt käme mit einem aus der anderen. Das ist von größter Bedeutung nach mehreren Seiten. Einmal für alle Gesetzesunterthanen eines Staates. Sie werden ... in keiner Hinsicht durch völkerrechtliche Normen beherrscht. Das Völkerrecht verleiht ihnen keinerlei Rechte und richtet keine Gebote, keine Verbote an ihre Adresse. So können, was das wichtigste ist, ihre Pflichten gegen ihren Staat oder ihre Mitbürger niemals in Widerstreit gerathen mit völkerrechtlichen Pflichten; denn solche haben sie nicht.“¹¹⁸ Letztlich ging es *Triepel* um die Loyalität der „Unterthanen“ womit seine Theorie einen zumindest latent antidemokratischen Impetus erhielt: „Darum ist die Gehorsamspflicht des Staatsunterthanen dem Staatsgesetze gegenüber, gleichgültig wie sich dies zum Völkerrechte verhält, völlig unbedingt.“¹¹⁹

Die monistische Konstruktion des Verhältnisses von Völker- und Landesrecht ist aber nur dann eine Vorbedingung der Völkerrechtssubjektivität des Einzelnen, wenn Völkerrechtssubjektivität als Völkerrechtsunmittelbarkeit in einem bestimmten Sinn, nämlich im Sinne der Regelung der Rechtsstellung des Individuums unmittelbar durch das Völkerrecht, aufgefasst wird. Denn nur aus monistischer Sicht wird die Rechtsstellung des Individuums unmittelbar durch das Völkerrecht geregelt. Demgegenüber ist in einer dualistischen Welt die Rechtsstellung des Individuums zwangsläufig nur eine über den Staat vermittelte („mediatisierte“).

Besser erscheint es jedoch, die Frage der Völkerrechtspersönlichkeit des Einzelnen nicht mit der Frage des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und Landesrecht zu vermengen. Die Völkerrechtssubjektivität betrifft eine rechtliche Eigenschaft von Ak-

¹¹⁶ Siehe oben *Kelsen*, Les rapports 1926 (Fn. 4). Siehe zum zweiten grossen Monisten *Georges Scelle* oben Fn. 39–41.

¹¹⁷ *Dionisio Anzilotti*, Lehrbuch des Völkerrechts (Berlin u.a.: Walter de Gruyter 1929), Übersetzung der 3. italienischen Aufl. von 1927), Bd. I, 97. „Die Gewohnheitsrechtsnormen oder die Verträge, die scheinbar den einzelnen Individuen Pflichten auferlegen, verpflichten in Wirklichkeit den Staat, gewisse Handlungen Einzelner zu verbieten und zu bestrafen oder ermächtigen ihn, es zu tun, wo es sonst verboten wäre. Die Verpflichtung für den Einzelnen besteht aber nur, wenn der Staat die betreffende Rechtsordnung erlassen hat; nullum crimen sine lege. Und die Normen, die scheinbar den Einzelnen Rechte gewähren, verpflichten oder ermächtigen in Wirklichkeit den Staat, diese Rechte zu gewähren. Der Einzelne hat diese Rechte nicht kraft der völkerrechtlichen, sondern der innerstaatlichen Norm.“ (98).

¹¹⁸ *Triepel*, Völkerrecht und Landesrecht 1899 (Fn. 24), 254. In diesem Raster ist es folgerichtig, dass das Individuum erst nach der Umsetzung des völkerrechtlichen Vertrages durch die Vertragspartei einen staatsinternen, also rein *nationalrechtlichen* Anspruch gegen den Staat haben kann, aber niemals einen völkerrechtlichen Anspruch. Die Nichterfüllung bzw. Verletzung eines völkerrechtlichen Vertrages könnte folglich vom Einzelnen nicht vor internationalen Instanzen gerügt werden. Ihm steht allein der nationale Rechtsweg offen. Auf der zwischenstaatlichen Ebene kann der Heimatstaat des nachteilig betroffenen Individuums dessen Rechte als „eigene“, also als staatliche Rechte wahrnehmen und diplomatischen Schutz zugunsten seines Staatsangehörigen ausüben.

¹¹⁹ *Triepel*, Völkerrecht und Landesrecht 1899 (Fn. 24), 261.

teuren, wohingegen die Verhältnisfrage ein Strukturproblem ist.¹²⁰ Die Unterscheidung beider Problemkreise ist mit der üblichen Rede von der Mediatisierung des Individuums vereinbar. Im Völkerrechtsdiskurs wird diese oft – anders als eben beschrieben – im Sinne einer prozeduralen Vermittlungstätigkeit des Staates verwendet. In dieser (abweichenden, aber ebenfalls üblichen) Begrifflichkeit ist das Individuum dann nicht mediatisiert, wenn es selbst in direkten Kontakt zu völkerrechtlichen Institutionen treten kann (unabhängig von der theoretischen Bestimmung des Verhältnisses von Völker- und Landesrecht).

So gesehen, kann das Individuum gleichzeitig Subjekt mehrerer Rechtsordnungen sein. In einer pluralistischen Welt, in der neben das staatliche Recht nicht nur das europäische und internationale, sondern auch vielfältige private und hybride Regime treten, ist eine solche mehrfache Unterworfenheit keine Besonderheit.

Allerdings wird damit die Sorge der historischen Gegner der Völkerrechtssubjektivität des Einzelmenschen in Bezug über die mit der „Lockerung der absoluten Staatsunterworfenheit“ des Individuums¹²¹ verbundenen Schwächung der staatlichen Souveränität relevant. Die Souveränität wird nicht nur dann tangiert, wenn das Individuum Rechte gegen den Staat geltend macht, sondern schon dadurch, dass es mehreren Rechtsregimen unterliegt.¹²² Denn schon damit stellt sich die oben von *Heinrich Triepel* angesprochene Frage der Verhaltenspflichten des Individuums im Fall von widersprüchlichen Normbefehlen, die aus Vorschriften verschiedener Rechtsordnungen resultieren können.¹²³ Solche Konflikte scheinen in der Gegenwart immer weniger unter Rekurs auf eine simple Normenhierarchie lösbar zu sein,¹²⁴ aber dies ist ein anderes Problem.

Nach dem eben Gesagten können die (ursprünglich völkerrechtlichen) Rechte des Individuums (und der vorgelagerte Rechtssatz, dass das Individuum solche Rechte

¹²⁰ Die Verquickung beider Aspekte ist hier ähnlich verwirrend wie im Kontext des Problems der unmittelbaren Anwendbarkeit. Auch hier wird (vor allem in der anglo-amerikanischen Lehre und Praxis) die Frage der unmittelbaren Anwendbarkeit (bzw. des „self-executing“ Charakters) einer Völkerrechtsnorm mit derjenigen ihrer Inkorporation in das Landesrecht vermengt. Sinnvoller scheint es, die unmittelbare Anwendbarkeit, die sich nach dem Inhalt und der Struktur einer Vorschrift richtet, als eine Frage der Justiziabilität zu begreifen, die sich ähnlich bei staatlichen Normen stellt.

¹²¹ Vgl. *Verdross/Simma*, Universelles Völkerrecht 1984 (Fn. 74), 39.

¹²² Eine typische Situation, in der diese Sorge aufkam, war die des bewaffneten Konflikts. In der Vergangenheit wehrten sich Staaten insbesondere gegen die Subjektstellung von Einzelpersonen im Bürgerkrieg, weil sie befürchteten, dass diese damit (durch die Anerkennung als „Kriegführende“) der Geltung der nationalen Rechtsordnung entzogen würden und damit ihre Bestrafung nach dem nationalen Strafrecht nicht mehr möglich wäre. Diese Konsequenz ist jedoch nicht zwingend und wird in der Praxis auch nicht gezogen. Die Bindung von Individuen an die völkerrechtlichen Normen des bewaffneten Konflikts (national oder international) entzieht diese nicht *per se* dem nationalen Recht. Jenseits der Kombattantenimmunität (die nur im internationalen bewaffneten Konflikt in Betracht kommt) bleiben die Individuen gleichzeitig dem nationalen Strafrecht des Territorialstaats unterworfen (vgl. Verfassungsgericht Kolumbien (Urteil Nr. C-225/95), Rn. 14 (abgedruckt in *Marco Sassòli/Antoine A. Bouvier*, How Does Law Protect in War? (2. Aufl. Genf: ICRC 2006), 1357ff.)).

¹²³ Vgl. *Georg Dahm/Jost Delbrück/Rüdiger Wolfrum*, Völkerrecht Bd. I/2 (Berlin: De Gruyter 2002), 267: „Es besteht in dem Fall die Gefahr, dass der einzelne Mensch in unlösbare Konflikte gerät und den Weisungen der nationalen Staatsgewalt folgt, die ihm vielfach näher ist als die internationale Gemeinschaft ...“.

¹²⁴ Hierzu *Anne Peters*, Rechtsordnungen und Konstitutionalisierung: Zur Neubestimmung der Verhältnisse, *Zeitschrift für öffentliches Recht* 65 (2010), 3–63 (42–49).

prinzipiell haben kann) also von Staaten in monistischer oder dualistischer Weise in ihre Rechtsordnung inkorporiert werden. Um praktische Wirksamkeit zu erlangen, müssen diese Rechtsfähigkeit und die konkreten Rechte in jedem Fall von Staaten respektiert werden. Es ist aber irrelevant, ob sie als „transformiert“ oder nicht anzusehen sind.

3. Fazit

Die *tour d'horizon* hat gezeigt, dass die Beurteilung der Völkerrechtssubjektivität (Völkerrechtspersönlichkeit) des Individuums immer trendgeprägt gewesen ist. Sie ist Funktion des in einer jeweiligen Epoche herrschenden wissenschaftlichen Paradigmas.

Dogmatisch betrachtet, steht und fällt die Bejahung oder Ablehnung einer Subjektstellung des Individuums mit dem zugrunde gelegten Begriff von Völkerrechtsfähigkeit. Hinzu kommt, dass sämtliche gängige Einschränkungen und Einteilungen der Völkerrechtssubjektivität die Unterscheidung zwischen Staaten und allen anderen Einheiten reflektieren und perpetuieren.¹²⁵ Die Staaten erscheinen als der Prototyp des Völkerrechtssubjekts, und alle anderen internationalen Subjekte sind, gemessen an diesem Richtwert, defizitär.

Nach Sichtung der multiplen historischen Begriffe der Völkerrechtspersönlichkeit scheint folgender Begriff rechtsdogmatisch zweckmäßig: Völkerrechtssubjektivität (oder -persönlichkeit) ist Völkerrechtsfähigkeit. Die Völkerrechtsfähigkeit liegt der Inhaberschaft von Rechten voraus. Sie wird mit spezifischen Rechten und/oder Pflichten ausgefüllt, aber nicht durch diese konstituiert. Vielmehr setzt die Zuschreibung eines konkreten Rechts (z. B. aus einem Menschenrechtspakt) oder einer Pflicht an einen Akteur implizit voraus, dass dieser überhaupt rechtsfähig ist. Aus der Anerkennung der Rechtsfähigkeit folgen nicht automatisch bestimmte, konkrete Rechte oder Berechtigungen. Die Rechtsfähigkeit kann theoretisch gänzlich leer bzw. funktionslos bleiben, wenn keinerlei spezifischen Rechte verliehen werden. Damit sagt die Völkerrechtsfähigkeit über die reale Rechtsposition einer konkreten Einheit nichts aus. Die Völkerrechtsfähigkeit des Individuums wäre also ein *Potential*, aber ein für die Emanzipation des Menschen wesentliches. Die so verstandene Völkerrechtsfähigkeit des Individuums ist analytisch unabhängig von der Richtigkeit einer monistischen, dualistischen oder pluralistischen Theorie.

Zusammengenommen stellen das Anwachsen der internationalen Individualrechte und -pflichten, die Vermutung des subjektivrechtlichen Gehalts völkerrechtlicher Normen sowie das teleologisch interpretierte Menschenrecht auf Rechtsfähigkeit die Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen auf eine neue Rechtsgrundlage.

¹²⁵ In diesem Sinne auch *Hélène Ruiz Fabri*, Les catégories de sujet du droit international, in: *Société française pour le droit international* (Hrsg.), *Colloque de Mans: Le sujet en droit international* (Paris 2005), 55–71 (66).

III. Das subjektive internationale Recht als Chiffre der originären Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen

1. These

Der Begriff des subjektiven internationalen Rechts soll den qualitativen Sprung der Herausbildung einer im ethischen und dogmatischen Sinne originären (primären) Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen kennzeichnen. Rechtsempirisch existieren jenseits der Menschenrechte zahlreiche individuelle Völkerrechtspositionen. Diese Rechte und Pflichten setzen rechtslogisch die Völkerrechtspersönlichkeit des Einzelnen voraus. Die implizite Zuerkennung der Rechtssubjektivität des Einzelnen kann also aus den vertraglich eingeräumten Rechtspositionen erschlossen werden. Diese Vertragspraxis bildet gleichzeitig, wie oben dargelegt, eine völkergewohnheitsrechtsbegründende Übung.¹²⁶

Die in Entstehung begriffene Völkergewohnheitsrechtsnorm der originären und umfassenden Völkerrechtspersönlichkeit des Einzelnen wird außerdem entscheidend durch die Neuinterpretation des Menschenrechts auf Rechtsfähigkeit gestützt. Dieses Menschenrecht ist gewohnheitsrechtlich beziehungsweise als allgemeiner Rechtsgrundsatz fundiert. Wie oben näher dargelegt,¹²⁷ sollte in einer globalisierten Welt diese Norm teleologisch dahingehend erweiternd ausgelegt werden, dass das Menschenrecht auch eine internationale Rechtsfähigkeit gewährt, weil eine auf den nationalen Raum beschränkte Rechtsfähigkeit dem Menschen keinen ausreichenden Schutz vor der Willkür politischer Herrschaft bietet.

2. Sieben Einwände und ihre Entkräftung

Gegen die These der Originarität der Völkerrechtspersönlichkeit des Einzelnen wird, erstens, eingewendet, dass diese dogmatisch unmöglich sei, da sie zwangsläufig staatsgewährt sei: „Der Staat hat's gegeben, der Staat hat's genommen“. Hierauf ist zu erwidern, dass die Originarität der Rechtsfähigkeit des Menschen im Völkerrecht nach denselben Kriterien wie die nationale Rechtsfähigkeit beurteilt werden sollte. Auch letztere wird in staatlichen Gesetzen normiert und dennoch als originär und nicht bloß derivativ anerkannt. So gilt seit der Aufklärung und dem Idealismus die Rechtspersönlichkeit als die Fähigkeit, subjektive Rechte zu haben, als „notwendiges Attribut des Menschen als sittlicher Person“.¹²⁸ Dementsprechend

¹²⁶ Siehe oben Teil II.2. e) bb).

¹²⁷ Siehe oben Teil II.2. e) cc).

¹²⁸ Helmut Coing, Der Rechtsbegriff der menschlichen Person und die Theorien der Menschenrechte, in: Ernst Wolff (Hrsg.), Beiträge zur Rechtsforschung (Berlin und Tübingen: de Gruyter und Mohr 1950), 191, 201. So unterschied Kant zwischen Sachen und Personen: „... dagegen [werden] vernünftige Wesen Personen genannt, weil ihre Natur sie schon als Zwecke an sich selbst, d. i. etwas, das nicht bloss als Mittel gebraucht werden darf, auszeichnet, mithin so fern alle Willkür einschränkt (und ein Gegenstand der Achtung ist)“. Immanuel Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten (1785), in: Wilhelm Weischedel, Werkausgabe Bd. 7 (Frankfurt a.M.: Suhrkamp), 60 (Hervorhebung der Verf.). Folglich habe „[e]in jeder Mensch ... rechtmässig Anspruch auf Achtung von seinen Nebenmenschen,

lautet der erste Satz von § 16 des österreichischen ABGB von 1811, der immer noch in Kraft steht: „Jeder Mensch hat angeborene, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte und ist daher als eine Person zu betrachten.“¹²⁹ Nach diesem Verständnis kommt die allgemeine bürgerliche Rechtsfähigkeit grundsätzlich jedem Menschen in gleicher Weise zu. Der Mensch ist Träger natürlicher Rechte, daher Person, Rechtssubjekt. Diese Eigenschaft ist dem Menschen wesentlich. Sie ist nicht von der positiven Rechtsordnung abhängig, sondern ihr vorgegeben.¹³⁰ Wie das Verständnis der Rechtsfähigkeit im nationalen Recht zeigt, hindert die Tatsache staatlicher Normierung der Rechtsfähigkeit (und damit auch die Möglichkeit ihrer Streichung aus dem positiven Recht) nicht das Verständnis als originäre und damit zu einem gewissen Grad staatsunabhängige menschliche Eigenschaft.

Ferner kann der Einwand durch den Hinweis auf die ähnliche Debatte im deutschen Spätkonstitutionalismus relativiert werden. Damals befanden Kritiker, es könne kein subjektives öffentliches Recht geben, da es keine Rechte gegen den Staat geben könne bzw. diese notwendigerweise immer vom Staat selbst gewährt sein müssten. Diesem Einwand begegnete Georg Jellinek, in dem er das subjektive öffentliche Recht speziell aus der „freiwilligen“ Selbstverpflichtung des Staates herleitete.¹³¹ Auch im innerstaatlichen Bereich wurde (und wird) die Selbstbindung der öffentlichen Gewalt in den Formen des Rechts als die Essenz von Rechtsstaatlichkeit angesehen, und dann erst kann von Rechten die Rede sein. Dementsprechend wird im heutigen nationalen Recht aus der Tatsache der (bloßen) Selbstverpflichtung des Staates kein Einwand mehr gegen die Existenz von subjektiven (öffentlichen) Rechten hergeleitet.

Dieser Einwand sollte auch in der völkerrechtlichen Dogmatik als überholt gelten. Auch hier ist die Idee der Selbstbindung oder – in der *Rational choice*-Terminologie – des „pre-commitment“ des Staates verbreitet, um die Funktionsweise des Völkervertragsrechts zu erklären.¹³² Weil der Staat unter der Herrschaft des Rechts die po-

und wechselseitig ist er dazu auch gegen jeden anderen verbunden.“ (Kant, Metaphysik der Sitten, Werkausgabe Bd. 8, 600). Hegel stellte fest: „Die Persönlichkeit enthält überhaupt die Rechtsfähigkeit und macht den Begriff und die selbst abstrakte Grundlage des abstrakten und daher formellen Rechtes aus. Das Rechtsgebot ist daher: sei eine Person und respektiere die anderen als Personen.“ (Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts (Hamburg: Felix Meiner Verlag 1995), § 36 (52)).

¹²⁹ Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch vom 1. Juni 1811, in Kraft seit 1. Januar 1812.

¹³⁰ Mit § 16 ABGB wurde unter dem Einfluss Kants der Begriff der allgemeinen Rechtsfähigkeit des Menschen erstmalig in ein privatrechtliches Gesetzbuch übernommen. Siehe zum Einfluss Kants über die Umsetzung seiner Lehren in die Praxis des österreichischen Privatrechts durch den Wiener Naturrechtslehrer Franz A. Edler von Zeiller (1753–1828): Hermann Conrad, Individuum und Gemeinschaft in der Privatrechtsordnung des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts (Karlsruhe: C. F. Müller 1956), 21–28.

¹³¹ Jellinek, System 1905 (Fn. 80), 85f. Hierzu Johannes Masing, Die Mobilisierung des Bürgers für die Durchsetzung des Rechts: Europäische Impulse für eine Revision der Lehre vom subjektiv-öffentlichem Recht (Berlin: Duncker & Humblot 1997), 63.

¹³² Allerdings behandelt diese Sichtweise die Staaten als „black box“ und vernachlässigt, dass die von ihnen eingegangenen Bindungen auf den Entscheidungen mehrerer (auch in zeitlicher Abfolge verschiedener) politischer Akteure beruht, so dass die Idee der „Selbst“-Bindung simplizistisch erscheint. Hierzu Anne Peters, Precommitment Theory Applied to International Law: Between Sovereignty and Triviality, University of Illinois Law Review (2008), 239–252. Siehe ausserdem die Erwägungen im Text nach Fn. 91.

sitiven Normierungen der Individualrechte nicht ohne weiteres wieder rückgängig machen darf, und aufgrund des politischen „lock-in“ auch nicht kann, verfängt der Einwand „Der Staat hat's gegeben, der Staat hat's genommen“ gegen die Möglichkeit einer originären Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen letztlich nicht.¹³³

Zweitens wird eingewendet, dass die Frage nach der Völkerrechtspersönlichkeit eines Akteurs eine theoretische Spielerei sei. Diese sei zum einen irrelevant, weil es praktisch auf die einzelnen Rechte und Pflichten ankomme, die wiederum rechtsempirisch nachgewiesen werden können. Nur diese konstituieren, so die pragmatische Sichtweise, den realen und wirksamen Rechtsstatus einer Entität, auch des Individuums.¹³⁴ Die Suche nach der Rechtssubjektivität sei, so der noch weiter zugespitzte Einwand, sogar irreführend, weil die Etikettierung eines Akteurs als Rechtssubjekt suggerieren könnte, dass dieser Rechte und Befugnisse habe, die ihm gar nicht zukommen. Der gemeinsame Oberbegriff könnte außerdem die praktisch wichtigere Tatsache verdecken, dass die so genannten Völkerrechtssubjekte einen jeweils ganz unterschiedlichen Bestand an Rechten und Pflichten haben.¹³⁵

Dieser Einwand geht von der zutreffenden Einsicht aus, dass aus der Völkerrechtssubjektivität nicht auf einen Grundbestand an Rechten (z.B. der Vertragsschlussfähigkeit) geschlossen werden kann.¹³⁶ Denn Völkerrechtspersönlichkeit heißt Völkerrechtsfähigkeit und nicht Völkerrechtsträgerschaft. Insofern ist die Völkerrechtssubjektivität ein reiner „Formalbegriff.“¹³⁷ Dennoch ist es nicht überflüssig, die Rechtsfähigkeit gesondert zu benennen, weil nur die explizite Konzeptualisierung der Rechtsfähigkeit es erlaubt, einem Akteur *neue* Rechte, auch unabhängig von deren vertraglicher Einräumung, zuzuerkennen. Abgesehen von der darin liegenden dogmatischen Unschärfe¹³⁸ führt die Gleichsetzung der Rechtspersönlichkeit mit dem Bestand an Rechten dazu, dass der Status des Rechtssubjekts gefangen ist im Stand des positiven Rechts.

Hierin liegt auch der Unterschied zwischen einer nur vertraglich fundierten Rechtspersönlichkeit des Einzelnen und der in diesem Beitrag befürworteten menschenrechtlich und gewohnheitsrechtlich begründeten Rechtssubjektivität. Die unterschiedliche Ableitung hat einen unterschiedlichen Umfang der Rechtsfähigkeit zur Folge. Eine aus den vertraglich normierten Rechten und Pflichten rückgeschlossene Rechtsfähigkeit ist *per se* nur partiell, da sie sich nur auf die jeweils vertraglich

¹³³ Daillier/Pellet, *Droit international public* 2002 (Fn.102), 649f.: Selbst wenn Individuen die Rechte und Pflichten anfänglich von Staaten verliehen worden sein mögen, so kommt es auf den Willen der Staaten, wie er sich im Stadium der Entstehung der Norm geäußert haben mag, im weiteren Verlauf nicht mehr an. Denn diese Normen können dem Staat dann entgegengehalten werden, ohne dass er nochmals zustimmen müsste. Eine eventuelle Weigerung der ausdrücklichen Zustimmung kann dadurch „unwirksam“ gemacht werden.

¹³⁴ Thilo Marauhn, Vorwort, in ders. (Hrsg.), *Die Rechtsstellung des Menschen im Völkerrecht* (Tübingen: Mohr Siebeck 2003), V: „Genügt es aber, ... dem Einzelnen Völkerrechtssubjektivität zu attestieren? Muss nicht vielmehr danach gefragt werden, wie sich diese ‚Statusveränderungen‘ konkret auswirken?“

¹³⁵ So etwa Brownlie, *Principles* 2008 (Fn.74), 65: „to classify the individual as a ‚subject‘ of the law is unhelpful“.

¹³⁶ Siehe oben Teil II.3.

¹³⁷ Dahm/Delbrück/Wolfrum, *Völkerrecht* 2002, Bd. I/2 (Fn.123), 267.

¹³⁸ Dazu oben Teil II.3.

eingräumten punktuellen Rechte (und Pflichten) bezieht. Demgegenüber wäre eine gewohnheitsrechtlich fundierte Rechtsfähigkeit nicht nur punktuell, sondern ein *a priori* unbegrenztes Potential. Mit welchen Rechten sie ausgefüllt wird ist eine andere Frage, die zwar praktisch wichtig ist, aber rechtskonstruktiv sekundär.¹³⁹ Stellt aber das hier propagierte Menschenrecht auf Rechte einen Münchhausenstrick dar, mit dem neue völkerrechtliche Individualrechte erschlichen werden? Dies ist nicht der Fall, weil die analytische Trennung von Rechtsfähigkeit und Rechten den in der Literatur oft anzutreffenden Zirkel (Schluss von den Rechten auf die Subjektstellung und damit auf weitere Rechte) gerade durchbricht.

Ein dritter (nur auf den ersten Blick gewichtiger) Einwand gegen das Konstrukt des subjektiven internationalen Rechts ist, dass dieses einer nationalen, nicht allgemein anerkannten oder rezipierten Rechtstradition entspringt. Selbst innerhalb Europas läuft es der traditionellen französischen Rechtsauffassung, in welcher der Einzelne als Wächter der Legalität vor den Verwaltungsgerichten das objektive öffentliche Recht durchsetzen soll, zuwider. Nicht von ungefähr bezeichnete der Romanist Michel Villey das subjektive Recht als eine „*notion barbare et confuse*“.¹⁴⁰ Möglicherweise ist die Idee für andere, außereuropäische Rechtskulturen ebenfalls ungewohnt. Die Nichtuniversalität eines Rechtsbegriffs ist jedoch kein sachlicher Grund für seine Verwerfung, solange er universell anerkannte Funktionen erfüllt. Die neuen internationalen Normen und die Rechtsprechung zeigen, dass das Bedürfnis nach einer juristischen Positionierung des Individuums im Völkerrecht besteht und dass die Sprache des individuellen oder subjektiven Rechts in internationalen Foren Verwendung findet.¹⁴¹ Das Konzept des subjektiven internationalen Rechts ist somit universalisierbar.

Viertens könnte eingewendet werden, dass die Völkerrechtsfähigkeit des Menschen letztlich nur mit seiner Qualität als Mensch, damit naturrechtlich, begründet werden könne. Eine derart arme Rechtfertigung würde nicht die Standards einer wissenschaftlichen Theorie erfüllen. Jedoch verhält es sich mit der Begründung der Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen nicht anders als mit den Menschenrechten. Auch deren Begründung ist philosophisch schwierig und läuft vielfach auf ein Trivialnaturrecht hinaus. Vielleicht müssen wir uns mit dem Verweis auf einen empirisch nachweisbaren diesbezüglichen universellen Wertekonsens begnügen.¹⁴² Ein solcher

¹³⁹ Siehe IGH, *Reparations for Injuries* (Fn.97), 178: „The subjects of law in any legal system are not necessarily identical ... in the extent of their rights“.

¹⁴⁰ Villey, *Pensée juridique* 1975 (Fn.12), 236.

¹⁴¹ Siehe IGH, *LaGrand Case* (Fn.83), Rn.77; IGH, *Case Concerning Avena and other Mexican Nationals* (Mexico v. United States of America), ICJ Reports 2004, 12, Rn.40; IGH, *Ahmadou Sadio Diallo* (Fn.104), Rn.87; Inter-Amerikanischer Gerichtshof, Advisory Opinion OC-16/99 „The Right to Information on Consular Assistance in the Framework of the Guarantees of the Due Process of Law“ (vom 1. Oktober 1999), Rn.77–84; EuGH, Rs. 118/75, *Lynne Watson*, Slg. 1976, 1185, Leitsatz 1.

¹⁴² Möglicherweise gibt es einen anthropologisch „begründbaren“ Mindeststandard, der empirisch und *ex post* aus einer Analyse universeller Werturteile gewonnen werden könnte. Er steht nicht apriorisch fest, sondern stützt sich auf Beobachtungen und könnte dementsprechend auch wandelbar sein. Wenn man sich auf Werturteile und nicht auf faktische Bedürfnisse stützt, wird kein naturalistischer Fehlschluss begangen. Siehe für eine „Dynamisierung des Naturrechts“, d.h. die Trial-and-error-Prüfung von Normen auf ihre Humanität hin Arnold Angenendt, *Toleranz und Gewalt* (Münster: Aschendorff 2008), 127.

ist auch in Bezug auf die Völkerrechtspersönlichkeit des Einzelnen in Entstehung begriffen.

Fünftens könnte das subjektive internationale Recht in rechtspolitischer Hinsicht kontraproduktiv sein. Beispielsweise kündigten die USA in Folge des *LaGrand*-Urteils, in dem der Staat wegen Verletzung des Wiener Konsularrechtsübereinkommens vom IGH verurteilt worden war, das Fakultativprotokoll zu jenem Übereinkommen, um sich für die Zukunft der Gerichtsbarkeit des IGH zu entziehen.¹⁴³ Ein anderes Beispiel ist die Kündigung des Fakultativprotokolls zum IPBürg durch Trinidad und Tobago wegen der Kritik des UN-Menschenrechtsausschusses an der Todesstrafenpolitik (insbesondere des sehr langen Verbleibs der Häftlinge im Todestrakt) im Jahr 1998. Der Kleinstaat trat dem Protokoll, das die Möglichkeit von Individualbeschwerden einräumt, am selben Tag wieder bei, aber mit einem Vorbehalt, nach dem alle Beschwerden für Häftlinge bezüglich der Todesstrafe ausgeschlossen werden.¹⁴⁴

Die Aufkündigung der Unterwerfung unter ein internationales Gericht durch einen Staat (insb. eine Großmacht) hat jedoch nicht speziell damit zu tun, dass die involvierten Interessen Einzelner als subjektive Rechte anerkannt werden. Die USA hatten bereits im Jahr 1986 nach ihrer Verurteilung wegen der Verletzung des Gewaltverbots, also einer zwischenstaatlichen Norm *par excellence*, ihre allgemeine Unterwerfungserklärung unter die Jurisdiktion des IGH zurückgezogen. Jedoch beeinflusst die Gefahr von Einzelklagen das Kosten-Nutzen-Kalkül eines Staates in Bezug auf seine Beteiligung an einem internationalen Regime, einschließlich der darin eingesetzten Kontrollorgane. Dies dürfte ein Grund sein, weshalb die USA zwar die Amerikanische Menschenrechtserklärung akzeptieren, jedoch nicht der AMRK beigetreten sind und damit die vertragsbasierten Zuständigkeiten der inter-amerikanischen Menschenrechtsschutzinstanzen nicht anerkennen.

Auf den pragmatisch-realistischen Einwand der Nichtakzeptanz ist zu erwidern, dass Recht *per definitionem* kontrafaktisch ist und außerdem selbst eine realitätsprägende „faktische Kraft des Normativen“ besitzt. Eine antizipierende Resignation der Rechtswissenschaft angesichts politischer Widerstände wird diesem Wesen nicht gerecht. Jedoch dürfen die normativen Anforderungen an die Rechtsunterworfenen nicht überspannt werden, um Reaktionen wie die geschilderten, welche die normative Kraft des Völkerrechts insgesamt unterminieren, nicht zu provozieren.¹⁴⁵ Meines Erachtens zeigt die Völkerrechtsentwicklung insgesamt, insbesondere die massive Zunahme der Individualrechte jenseits der Menschenrechte, dass die Zeit reif ist für die Konzeptionierung des subjektiven internationalen Rechts.

Aber wird nicht, und dies ist ein sechster Einwand, mit dem Begriff des subjektiven internationalen Rechts die Sprache der „Rechte“ überstrapaziert? In ihrem Werk „Rights Talk“ fragt *Mary Ann Glendon*, „ob die undifferenzierte Rede von

¹⁴³ Kündigungsschreiben der US Aussenministerin an den UN-Generalsekretär vom 7. März 2005.

¹⁴⁴ UN-Menschenrechtsausschuss, *Kennedy v. Trinidad and Tobago*, Individualmitteilung Nr. 845/1998 (UN-Doc. CCPR/C/67/D/845/1999), Zulässigkeitsentscheidung vom 31. Dezember 1999, abgedr. in EuGRZ 27 (2000), 615.

¹⁴⁵ *Laurence R. Helfer*, Overlegalizing Human Rights: International Relations Theory and the Commonwealth Caribbean Backlash against Human Rights Regimes, *Columbia Law Review* 102 (2002), 1832–1911.

Rechten wirklich der beste Weg ist um die erstaunliche Vielfalt von Ungerechtigkeiten und Formen des Leidens, die in der Welt existieren, anzusprechen“.¹⁴⁶ Wirkt es sich nicht nachteilig auf das Funktionieren der Gesellschaft aus, dass Anspruchsinhaber nicht mehr zuhören und keine Kompromisse mehr treffen müssen? Verkümmert durch die Fokussierung auf einklagbare Rechte der demokratische Politikprozess? Schwächt die Berufung auf Rechte die menschlichen Bindungen, vermindert sie das Vertrauen und verhindert persönliche Nähe?¹⁴⁷ Diese Gefahren mögen in nationalen Gesellschaften und im Rahmen eines ausgereiften, hochdifferenzierten und stark rechtsbasierten nationalen Rechtssystems drohen. Sie betreffen vor allem private Rechte gegen Privatpersonen und damit die zwischenmenschlichen Beziehungen, weniger aber staatsgerichtete subjektive öffentliche Rechte. Hinzu kommt eine weitere Problemverschiebung auf der internationalen Ebene. Im internationalen Diskurs ist eine Proliferation speziell von Menschenrechtsbehauptungen zu verzeichnen. Diese führt tendenziell zu einer Abwertung der Menschenrechte. Die Zuerkennung eines Menschenrechts-Etiketts befördert unbeabsichtigt ihre Trivialisierung. Im Gegensatz dazu trägt es zur Wahrung der Hochwertigkeit der Menschenrechte bei, wenn das Siegel eines Menschenrechts denjenigen Rechten vorbehalten wird, die für die menschliche Entfaltung essentiell sind. Somit könnte die Herausbildung individueller Rechte „unter“ der Normstufe der Menschenrechte und auch das Konzept des „einfachen“ subjektiven internationalen Rechts die normative Kraft der Menschenrechte stärken, weil sie ihrer Inflation gegensteuert.

Schließlich könnte siebte durch die (vertragliche und richterrechtliche) Schaffung und mit der wissenschaftlichen Begründung von Individualrechten, die nicht international durchgesetzt werden, ein Verlust der Wirksamkeit des Völkerrechts allgemein drohen.¹⁴⁸ Um diesen Einwand zu würdigen, muss an die Ratio der überkommenen These von der Koppelung des materiellen Individualrechts mit seiner prozessualen Durchsetzbarkeit erinnert werden. Sie liegt im völkerrechtlichen Effektivitätsprinzip. Nach diesem erfordern viele völkerrechtliche Rechtsinstitute schon als Tatbestandsmerkmal die Übereinstimmung der Norm mit den realen Verhältnissen.¹⁴⁹ Das heißt, die Effektivität ist zwar keine hinreichende, aber doch eine notwendige Bedingung eines völkerrechtlichen Anspruchs. Der Sinn des Effektivitätsprinzips ist es, das Auseinanderklaffen von Rechtsanspruch und Rechtswirklichkeit zu verhindern. Weil die völkerrechtlichen Ansprüche entwertet würden, wenn sie nicht realisierbar wären, so die Überlegung, ist es besser, nicht-durchsetzbare, also nicht-effektive Titel gar nicht erst als Recht anzuerkennen. Das Effektivitätsprinzip spielt im Völkerrecht eine größere Rolle als im nationalen Recht, weil das Völkerrecht verwundbarer ist. Es steht keine zentrale, mit Gewaltmonopol ausgestattete Macht hinter dem Recht, die in allgemeiner Weise die Wirksamkeit des Völkerrechts garantieren würde, und deshalb ist Mikro-Effektivitätsmanagement wichtig.

¹⁴⁶ *Mary Ann Glendon*, Rights Talk: The Impoverishment of the Political Discourse (New York: The Free Press 1991), 16 (Übersetzung der Verf.).

¹⁴⁷ So *Wiktor Osiatyński*, Human Rights and Their Limits (Cambridge: CUP 2009), insb. 187f.

¹⁴⁸ *Grzeszick*, Rechte des Einzelnen 2005 (Fn. 91), 342.

¹⁴⁹ Die Existenz eines völkergewohnheitsrechtlichen Satzes setzt eine entsprechende Praxis voraus, die Existenz eines Staates als Völkerrechtssubjekt setzt eine effektive Regierung voraus, etc.

Demgegenüber scheint das nicht *per se* auf internationaler Ebene vom Individuum selbst einklagbare subjektive internationale Recht nicht automatisch effektiv zu sein. Jedoch kann mit der dezentralen Durchsetzung der Individualrechte durch nationale Institutionen auf der Grundlage einer großzügigeren Anerkennung der unmittelbaren Anwendbarkeit individualschützender Völkerrechtsnormen (hierzu Teil III.3.a)) die Effektivität der subjektiven internationalen Rechte gesteigert werden.

3. Rechtsfolgen des subjektiven internationalen Rechts

Die Anerkennung des subjektiven internationalen Rechts hat fassbare juristische Konsequenzen und birgt eine Reihe dogmatischer, systemischer und rechtspolitischer Vorzüge.

a) Rechtsschutz

Das subjektive internationale Recht legitimiert die politische Forderung nach Individualrechtsschutz gegen die nationale Hoheitsgewalt¹⁵⁰ (und gegen die internationale, hierzu später). Zwar ist mit der Qualifizierung einer Völkerrechtsnorm als Individualrecht keine automatische internationale Durchsetzbarkeit verbunden. Gleichzeitig ist die grundsätzliche Möglichkeit von individuellem Rechtsschutz auf der internationalen Ebene längst anerkannt und wird auch jenseits des Menschenrechtsschutzes praktiziert, beispielsweise durch ICSID-Schiedsgerichte. Man könnte also einwenden, dass die Rechtsfolge der internationalen Durchsetzbarkeit von Völkerrecht durch Einzelpersonen unabhängig von der Existenz eines subjektiven internationalen Rechts sei. Jedoch ist Rechtsschutz eine naheliegende (wenn auch nicht zwingende) Konsequenz des subjektiven Rechts. Somit verschafft die Theorie des subjektiven internationalen Rechts der bereits existierenden Individualdurchsetzungspraxis eine theoretische Grundlage und kann damit zugleich das geistige Fundament für ihre Ausweitung legen.

Hier wäre die kritische Überlegung anzufügen, dass es im Völkerrecht in Ermangelung einer obligatorischen Gerichtsbarkeit selbst für Staaten keinen automatischen Zugang zu Rechtsschutz gibt. Wieso soll ein solcher für Individuen gewährt werden? Die Antwort muss von der Einsicht ausgehen, dass nur Individuen Rechte um ihrer selbst willen haben. Demgegenüber haben Staaten Befugnisse oder Kompetenzen, die ihnen die Aufgabenerfüllung im Interesse von Menschen ermöglichen. Der Staat ist eine (Menschen) dienende Institution, kein Selbstzweck.¹⁵¹ Völkerrechtlicher

¹⁵⁰ Auch diese Legitimationsfunktion kann mit der des Jellinek'schen subjektiven öffentlichen Rechts im deutschen Spätkonstitutionalismus verglichen werden. Dazu Masing, Mobilisierung des Bürgers 1997 (Fn. 131), 65f. mit Fn. 47.

¹⁵¹ Diese Erwägung stellte für die Völkerrechtslehrer der Zwischenkriegszeit, die für die Anerkennung der Völkerrechtssubjektivität des Individuums stritten, ein Hauptargument dar. „Depuis que le dogme de la souveraineté absolue a été ébranlé depuis que l'État a été dépouillé de toute personification mystique, enfin que la conviction se fait jour que l'État n'est pas une fin en soi, mais simplement un moyen de satisfaction de besoins individuels on commence à se rappeler que tout droit – par conséquent le droit

Rechtsschutz für Staaten ist dementsprechend anders motiviert als der völkerrechtliche Rechtsschutz für Individuen. Ersterer ist nur funktional und nicht existenziell begründbar. Die durch die staatliche Souveränität verhinderte internationale obligatorische Gerichtsbarkeit und die ebenfalls aus Souveränitätsgründen gewährte Immunität von Staaten, die ihre Aburteilung durch fremdstaatliche Gerichte verhindert, kann die Begrenzung von Rechtsschutz für die Sicherung internationaler Individualrechte nicht ohne weiteres rechtfertigen.

Der Rechtsschutz für das Individuum wird allerdings vor allem durch die staatlichen Institutionen realisiert. Die internationalen subjektiven Rechte werden und sollen primär durch nationale Institutionen durchgesetzt werden.¹⁵² Insofern beinhaltet das subjektive internationale Recht ein Recht auf Abhilfe auf nationaler Ebene, ein „right to a local remedy“. Aus der Qualifikation einer völkerrechtlichen Norm als individualrechtsschützend folgt also ein individueller völkerrechtlicher Anspruch auf Bereitstellung innerstaatlicher Durchsetzungsmechanismen.

Die prinzipielle Möglichkeit eines solchen völkerrechtlichen Anspruchs auf die innerstaatliche Abhilfe bei Verletzung der Normen des Völkerrechts durch den Staat ist im geltenden Völkerrecht gut verankert. „Local remedies“ ist ein alter fremdenrechtlicher Grundsatz in dem Sinne, dass die durch einen fremden Staat geschädigte Privatperson vor der Beanspruchung des diplomatischen Schutzes ihres Heimatstaates erst den staatlichen Rechtsweg im Schädigerstaat selbst durchlaufen muss. Dieses Institut dient in herkömmlicher Perspektive vor allem dem Schutz der Souveränität des Gaststaates, weil ihm dadurch die Chance gegeben wird, das Problem selbst und ohne Einmischung einer internationalen Instanz zu beheben. Es sind heute jedoch Ausnahmen vom Erschöpfungserfordernis zugunsten des Einzelnen anerkannt, und im Einzelfall wird eine Abwägung zwischen staatlicher Souveränität und individuellem Rechtsschutzinteresse verlangt.¹⁵³ Der neue völkerrechtliche Trend der stärkeren Berücksichtigung der Individualinteressen des Geschädigten kann nicht nur durch das Absehen vom Erfordernis des Durchlaufens des nationalen Rechtswegs, sondern umgekehrt, und unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips folgerichtig, mit Hilfe einer Pflicht des Gaststaates zur Bereitstellung der „local remedies“ realisiert werden. Diese Pflicht ergibt sich erstens aus der Indienstnahme der nationalen Gerichte für die effektive und faire Beilegung eines Streitfalles, die im Interes-

des gens lui-même – n'existe en dernière analyse que pour la protection des individus.“ Jean Spiropoulos, L'individu et le droit international, Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law 30 (1929/V), 191–270 (197; Hervorhebung der Verf.); in diesem Sinne auch Politis, Nouvelles tendances 1927 (Fn. 4), 76. Die Befürworter der Völkerrechtspersönlichkeit des Individuums stellten sich damit gegen die Hegel'sche Erhebung des Staates zum Selbstzweck. Siehe Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, Bd. I: Einleitung – Die Vernunft in der Geschichte (hrsg. von Georg Lasson) (Leipzig: Felix Meiner Verlag 1920), 91: „Der Staat ist nicht um der Bürger willen da; man könnte sagen, er ist der Zweck, und sie sind seine Werkzeuge.“

¹⁵² Vgl. IGH, Avena (Fn. 141). Hier bejahte der IGH ein internationales individuelles Recht aus dem WÜK, forderte aber dennoch, dass dieses in erster Linie im Rechtssystem der Vereinigten Staaten durchgesetzt werden solle (Rn. 40).

¹⁵³ Felix Chittarajan Amerasinghe, Diplomatic Protection (Oxford: OUP 2008), 142–190 (insb. 189f.).

se der internationalen Gemeinschaft liegt.¹⁵⁴ Die Bereitstellungspflicht ergibt sich auch aus der funktionalen Verklammerung: Wenn die Erschöpfung des nationalen Rechts eine Zulässigkeitsvoraussetzung ist, dann muss auch eine korrespondierende völkerrechtliche Pflicht zur Bereitstellung einer Abhilfemöglichkeit bestehen, andernfalls wäre die Voraussetzung sinnlos. Denn der diplomatische Schutz (und die internationalen Menschenrechtsschutzinstanzen, deren Anrufung ebenfalls die Rechtswegerschöpfung voraussetzt¹⁵⁵), liefen ansonsten leer.¹⁵⁶ Somit hat die Auslegung einer völkerrechtlichen Regelung als Individualrecht die greifbare und praktische Rechtsfolge, dass über den daraus fließenden Anspruch des Einzelnen auf Zugang zu nationalen Individualrechtsschutzverfahren der verfahrensrechtliche Schutz des Einzelnen in Bezug auf die völkerrechtliche Regelung im verpflichteten Staat verbessert wird.¹⁵⁷

Daneben (und nur scheinbar paradox) wird durch das subjektive internationale Recht die Rolle des Einzelnen als „Funktionär“ oder Sachwalter, als „gardien“ der völkerrechtlichen Legalität gestärkt. Diese Rolle ist in einem dezentral zu vollziehenden System wie dem internationalen besonders wichtig für die Sicherung seiner Wirksamkeit. Mit der Zuweisung dieser Wächterrolle ist keine menschenverachtende Instrumentalisierung des Einzelnen verbunden. Zwar gab und gibt es internationale Verträge und Regime, die den Menschen in den Dienst nehmen. Beispielsweise ist das in der Aarhuskonvention garantierte individuelle Zugangsrecht zu Umweltinformationen „– im Unterschied zu den ‚reinen Menschenrechten‘ – nicht nur um den Schutz von Rechtsgütern der Einzelnen, sondern auch um die Fruchtbarmachung der Rolle des Einzelnen für die Verfolgung bestimmter Interessen des Allgemeinwohls“ gewährt.¹⁵⁸ Ein bekannter Fall sind auch die frühen Versionen der europäischen Integrationsverträge, in denen der Mensch als „Marktbürger“ erschien, der durch die Wahrnehmung seiner Grundfreiheiten die europäische Integration vorantreiben sollte.¹⁵⁹ Insbesondere die Figur der unmittelbaren Anwendbarkeit europäischer Richtlinien durch nationale Gerichte wurde unter dem Gesichtspunkt der (potentiell verwerflichen) Instrumentalisierung des Bürgers kritisiert.¹⁶⁰ Tatsächlich sind die EU-Grundfreiheiten, im Gegensatz zu Menschenrechten, an grenzüberschreitende Aktivitäten geknüpft, und sie sind dienend zur Schaffung eines gemeinsamen Markts.

¹⁵⁴ Felix Chittarajan Amerasinghe, *Local Remedies in International Law* (2. Aufl. Cambridge: CUP 2004), 62f. und 427.

¹⁵⁵ Siehe unten Fn. 166.

¹⁵⁶ *AJP Tammes*, *The Obligation to Provide Local Remedies*, in: Volkenrechtelijke Opstellen – Aangeboden aan Profesor Dr Gesina HJ van der Molen (1962), 152–168.

¹⁵⁷ Grzeszick, *Rechte des Einzelnen* 2005 (Fn. 91), 337.

¹⁵⁸ Astrid Epiney/Martin Scheyli, *Die Aarhus-Konvention: Rechtliche Tragweite und Implikationen für das schweizerische Recht* (Freiburg (Schweiz): Universitätsverlag 2000), 94.

¹⁵⁹ Vgl. EuGH, Rs. 26/62, Slg. 1963, I (26) – *Van Gend & Loos*: „die Wachsamkeit der an der Wahrnehmung ihrer Rechte interessierten Einzelnen stellt eine wirksame Kontrolle dar, welche die durch die Kommission und die Mitgliedstaaten [...] ausgeübte Kontrolle ergänzt.“

¹⁶⁰ Kritisch Masing, *Mobilisierung des Bürgers* 1997 (Fn. 131), insb. 176–181. Siehe für eine grundsätzliche Erwiderung Martin Nettesheim, *Subjektive Rechte im Unionsrecht*, AöR 132 (2007), 333–392 (insb. 355).

Jedoch wird heute diesen Grundfreiheiten ein immer stärkerer grundrechtsähnlicher, d.h. der menschlichen Entfaltung und Würde dienender Zweck zugesprochen.¹⁶¹ Und der dezentrale Vollzug des EU-Rechts durch die mitgliedstaatlichen Gerichte dient letztlich ebenfalls den Rechten der Einzelnen.¹⁶² Eine solche Doppelfunktion des dezentralen Vollzugs des Völkerrechts ist ebenfalls anzunehmen. In der Ära der internationalen Menschenrechte geht das Menschenbild der gegenwärtigen internationalen Ordnung dahin, dass Menschen Selbstzweck sind und wegen ihres Menschseins vom Völkerrecht respektiert, geschützt, und ermächtigt werden sollen. Die Mobilisierung ihres Eigeninteresses für den Vollzug des Völkerrechts steht dem nicht entgegen, sondern dient gleichermaßen diesem Ziel.

Eine „nur“ staatliche Durchsetzungsmöglichkeit einer individualschützenden internationalen Norm ist kein Hinderungsgrund, diese als echtes subjektives internationales Recht zu qualifizieren.¹⁶³ Denn in einem Mehrebenensystem sind die staatlichen Gerichte ein funktionales Äquivalent zu internationalen Gerichten und Schiedsinstanzen („dédoublement fonctionnel“).¹⁶⁴ Diese Funktion wird den staatlichen Gerichten nicht nur vom Völkerrecht zugewiesen, sondern kann parallel auch vom nationalen Recht angeordnet werden. So geht das Bundesverfassungsgericht davon aus, dass „das Grundgesetz die Staatsorgane mittelbar in den Dienst der Durchsetzung des Völkerrechts stellt“.¹⁶⁵

Die staatlichen Gerichte sind sogar mehr als ein Äquivalent der internationalen Durchsetzungsinstanzen. Sowohl das Subsidiaritätsprinzip als auch praktische Erwägungen gebieten die Anerkennung der nationalen Institutionen nicht nur als gleichwertiges, sondern als vorrangiges Forum. Diese Rangfolge ist vor allem in der Menschenrechtspraxis etabliert. Hier sind die internationalen Institutionen (Menschenrechtsausschüsse und regionale Gerichtshöfe) nur die letzte Instanz und fungieren als Notanker nach Erschöpfung des nationalen Rechtswegs.¹⁶⁶ In Bezug auf das internationale Strafrecht ist die Spruchbarkeit der nationalen Strafgerichte, insbesondere in

¹⁶¹ Vgl. Thorsten Kingreen, *Die Struktur der Grundfreiheiten des Europäischen Gemeinschaftsrechts* (Berlin: Duncker & Humblot 1999); Alexander Schultz, *Das Verhältnis von Gemeinschaftsgrundrechten und Grundfreiheiten des EGV* (Berlin: Duncker & Humblot 2005).

¹⁶² Siehe zur Anrufbarkeit von Richtlinien durch Einzelne vor den nationalen Gerichten EuGH, Rs. C-6/90 und C-9/90, *Francovic*, Slg. 1991-I, 5357, Rn. 32: Die nationalen Gerichte müssen „die volle Wirkung dieser Bestimmungen [des Unionsrechts] schützen und die Rechte schützen, die das Gemeinschaftsunionsrecht dem einzelnen verleiht“ (Hervorhebung der Verf.). Aus der Literatur Kadelbach, *Verwaltungsrecht* 1999 (Fn. 103), 77: Der Schutz von Individualinteressen ist neben dem Gebot der einheitlichen Wirksamkeit des Unionsrechts ein gleichwertiger Beweggrund für die Direktwirkung von Richtlinien.

¹⁶³ Evelyne Lagrange, *L'efficacité dans l'ordre juridique interne des normes internationales concernant la situation des personnes privées*, Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law (2010) (i.E.), Kapitel 1 (MS 15): „[L]a réalisation d'un droit subjectif international ou la sanction d'une obligation internationale pesant sur une personne privée peuvent être recherchés dans plus d'un ordre juridique étatique.“

¹⁶⁴ Georges Scelle, *Le phénomène juridique du dédoublement fonctionnel*, in: Walter Schätzel/Hans-Jürgen Schlochauer (Hrsg.), *Rechtsfragen der internationalen Organisation: Festschrift für Hans Wehberg zu seinem 70. Geburtstag* (Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann 1956), 324–342.

¹⁶⁵ BVerfG, Erste Kammer des 2. Senats, 2 BvR 2115/01, vom 19. September 2006, Rn. 58. Abgedr. in NJW (2007), 499 = EuGRZ 33 (2006), 684ff.

¹⁶⁶ Rechtswegerschöpfungserfordernis z.B. nach Art. 41 Abs. 1 lit. c) IPBürg; Art. 34 EMRK. Vgl. Paolo G. Carozza, *Subsidiarity as a Structural Principle of Human Rights Law*, AJIL 97 (2003), 38–79.

Lateinamerika, kürzlich als quantitativ und qualitativ herausragender Faktor der Umsetzung und Weiterentwicklung dieses Völkerrechtszweiges nachgewiesen worden.¹⁶⁷

Allerdings ist der dezentrale Vollzug des Völkerrechts kein Allheilmittel. Zwar ist er idealerweise nach dem Subsidiaritätsprinzip und bei Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze sowohl legitimer als auch effektiver als der zentrale Vollzug durch internationale Instanzen, deren Legitimität und Effektivität prekär sind. Andererseits ist *in praxi* der Rechtsschutz in vielen Staaten, gemessen an völkerrechtlichen Mindestvorgaben, defizitär. Selbsternannte Wächter einer dubiosen Legitimität können in unfairen Verfahren die anzuwendenden Völkerrechtsnormen divergierend auslegen.¹⁶⁸ Dieser Gefahr begegnet das Komplementaritätsprinzip,¹⁶⁹ nach dem die internationalen Instanzen nur dann eintreten dürfen und müssen, wenn der nationale Völkerrechtsvollzug ineffektiv oder illegitim ist.

Gegen die Möglichkeit der individuellen Durchsetzung völkerrechtlicher Ansprüche vor staatlichen Gerichten werden oft Praktikabilitätserwägungen angeführt. Vor allem im Bereich des Rechts des bewaffneten Konflikts drohen Klagefluten, wenn einzelnen Opfern von Kriegsverbrechen und anderen Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, die typischerweise ein Massenphänomen sind, Klagebefugnisse eingeräumt würden. Gerade die in einer Post-Konflikt-Situation fragilen Staaten könnten mit Massenklagen überfordert werden, womit das Ziel der Befriedung gefährdet würde. Hier müssen Kompromisse gefunden werden, um die Ziele der Individualgerechtigkeit und der Stabilisierung zu einem Ausgleich zu bringen, etwa durch die Zulassung der Einrede des Staatsnotstandes.

Aus der Qualifikation einer völkerrechtlichen Norm als internationales subjektives Recht folgt nicht notwendig auch ihr Charakter als subjektives öffentliches Recht im Sinne des Grundgesetzes, mit der Konsequenz der Anwendbarkeit der Vorschrift des Art. 19 Abs. 4 GG, die einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Rechtsschutz gibt, der mit der Verfassungsbeschwerde einklagbar ist. Denn diese Qualifikation richtet sich nach den Kriterien des deutschen Verwaltungs- und Verfassungsrechts.¹⁷⁰ Jedoch kann eine Parallelität aus der verfassungsgestützten Pflicht zur Berücksichtigung völkerrechtlicher Normen in der Auslegung, die ein internationales Gericht vornimmt, erwachsen.¹⁷¹ Diese Pflicht deutscher Gerichte, „die einschlägige Judikatur der für Deutschland zuständigen internationalen Gerichte zur Kenntnis zu nehmen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen“¹⁷² ergibt sich „aus dem Grundsatz der Völkerrechts-

¹⁶⁷ Kathryn Sikkink, *The Justice Cascade: Human Rights Prosecutions and World Politics* (New York: W. W. Norton 2011, i.E.). Bereits Hans Kelsen bezeichnete die staatlichen Strafgerichte als Organe der internationalen Gemeinschaft, die gleichzeitig nationales Recht und Völkerrecht anwenden (Kelsen, *Principles of International Law* 1966 (Fn. 4), 205f. und 210).

¹⁶⁸ Vgl. Kritisch IGH, *Arrest Warrant* (Democratic Republic of Congo v. Belgium), ICJ Reports 2002, 3ff., Sondervotum von Präsident Guillaume, Rn. 15: Die uneingeschränkte Einräumung universeller Jurisdiktion an staatliche Gerichte „würde die Willkür erhöhen, zum Nutzen der Mächtigen, die als angebliche Vertreter einer unbestimmten ‚internationalen Gemeinschaft‘ handeln würden.“ (Übersetzung der Verf.).

¹⁶⁹ Art. 17 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998.

¹⁷⁰ Schmidt-Aßmann, in: Maunz/Dürig 2010 (Fn. 2), Art. 19 Abs. 4 GG, Rn. 152.

¹⁷¹ BVerfGE 111, 307 (2004), Rn. 30 – Görgülü.

¹⁷² BVerfG vom 19. September 2006 (Fn. 165), Rn. 53.

freundlichkeit des Grundgesetzes in Verbindung mit der Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht (Art. 20 Abs. 3 GG i.V.m. Art. 59 Abs. 3 GG), welche die Entscheidungen eines völkerrechtlich ins Leben gerufenen internationalen Gerichts nach Maßgabe des Inhalts des inkorporierten völkerrechtlichen Vertrags umfasst“.¹⁷³ Die Berücksichtigungspflicht ist eine „verfassungsunmittelbare“ Pflicht,¹⁷⁴ und deshalb ist ihre Missachtung mit der Verfassungsbeschwerde rügbär. Auch solche Urteile des internationalen Gerichts, die in Verfahren gegen andere Staaten ergingen, entfalten eine „normative Leitfunktion“ und „Orientierungswirkung“ für deutsche Gerichte.¹⁷⁵ Wenn ein deutsches Gericht eine Völkerrechtsnorm (in der Auslegung, die ihr das zuständige internationale Gericht gab) nicht ausreichend berücksichtigt, liegt darin eine Verletzung des thematisch einschlägigen Grundrechts des Grundgesetzes in Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip.¹⁷⁶ Nachdem also der IGH, um noch einmal den prominentesten Fall zu nennen, das Recht eines ausländischen Inhaftierten auf Belehrung über seinen Anspruch auf Kontakt mit seinem Heimatkonsulat als völkerrechtliches Individualrecht qualifizierte, mussten aufgrund der Berücksichtigungspflicht die deutschen Gerichte im Ergebnis ebenfalls ein subjektives Recht annehmen, dessen Verletzung im Strafprozess revisibel war.¹⁷⁷

b) Adressaten

Eine zentrale Frage ist die nach den Bindungsadressaten (Verpflichteten). Gegen wen ist das subjektive internationale Recht gerichtet? Subjektive Rechte sind eine Begleiterscheinung des Aufstieges des souveränen Staates. Die Ideologie des Individualismus im Sinne eines Bewusstseins von moralischen und juristischen Rechten des Individuums entstand parallel zur Konsolidierung des neuzeitlichen souveränen Staates.¹⁷⁸ Durch die Zurückdrängung anderer Institutionen (Zünfte, lokale Herrscher, Kirche) trat die Einzelperson in ein unmittelbares Rechtsverhältnis zum Staat. Ihre Rechte sind vielfach Rechte gegen den Staat.¹⁷⁹

Der Bindungsadressat des subjektiven internationalen Rechts ist demgegenüber keine einzelne Obrigkeit. Entsprechend der dezentralen Struktur des Völkerrechts ist das subjektive internationale Recht gegen eine Mehrzahl von Akteuren gerichtet.

¹⁷³ *Ibid.*, Rn. 58.

¹⁷⁴ *Ibid.*, Rn. 54.

¹⁷⁵ *Ibid.*, Rn. 55 und 61f.; das BVerfG spricht auch von einer „faktischen Präcedenzwirkung“.

¹⁷⁶ Grundlegend BVerfG, Görgülü (Fn. 171), Rn. 63.

¹⁷⁷ BVerfG vom 19. September 2006 (Fn. 165).

¹⁷⁸ Diese Entwicklung wurde durch das mathematisch-quantitative Denken der Naturrechtslehrer des 17. Jahrhunderts begünstigt, weil „die Reduktion des Rechts auf das Individuum eine der Mathematik analoge Abstraktion der Rechtssubstrate zum ‚kleinsten notwendigen Teilchen‘“ war (Dieter von Stephanitz, *Exakte Wissenschaft und Recht: Der Einfluß von Naturwissenschaften und Mathematik auf das Rechtsdenken und Rechtswissenschaft in zweieinhalb Jahrtausenden. Ein historischer Grundriß* (Berlin: de Gruyter 1970), 70f.). Ob der Aufstieg des Staates *kausal* für den Individualismus und die Konzeptionierung subjektiver Rechte war, ist umstritten und soll hier nicht entschieden werden. Kritisch Antony Black, *Individuals, Groups and States: A Comparative Overview*, in: Janet Coleman (Hrsg.), *The Individual in Political Theory and Practice* (Oxford: Clarendon 1996), 329–340 (330).

¹⁷⁹ Cosnard, *Rapport introductif* 2005 (Fn. 85), 23.

Verpflichtet sind in aller erster Linie Staaten. Sofern die von den Staaten geschlossenen Völkerrechtsverträge Individualrechte einräumen, was durch Auslegung zu ermitteln ist, haben die begünstigten Individuen einen echten, internationalen Anspruch gegen die Vertragsstaaten auf deren Einhaltung.

Allerdings stellt sich angesichts des Wandels der Staatlichkeit durch Globalisierung, der Entgrenzung der Märkte und dem damit einhergehenden Machtzuwachs transnationaler Wirtschaftsunternehmen sowie der wachsenden Rechtssetzungs- und Rechtsdurchsetzungsmacht internationaler Organisationen und Institutionen die Frage, ob die Fokussierung der Wissenschaft vom öffentlichen Recht auf subjektive Rechte, die vom Staat anerkannt werden und gegen diesen gerichtet sind, noch zeitgemäß ist.¹⁸⁰ Eine diesbezüglich noch offene Diskussion betrifft die Bindung transnationaler Unternehmen an internationale Menschenrechte. Der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs über Menschenrechte und transnationale Gesellschaften und andere Wirtschaftsunternehmen postuliert, dass den Unternehmen, nachrangig nach den Staaten, eine „Verantwortung“, aber keine „Pflicht“ obliegt. Diese Verantwortung soll nicht direkt aus völkerrechtlichen Menschenrechtsverträgen, sondern aus dem staatlichen Recht und den freiwilligen Selbstverpflichtungen und Verhaltenskodices der Unternehmen fließen.¹⁸¹ Damit wird sinngemäß nur eine Art mittelbare, aber keine unmittelbare Drittwirkung der Menschenrechtsverträge angenommen.¹⁸² Das subjektive internationale Recht richtet sich also bisher nicht gegen private Akteure.¹⁸³

Anders als Wirtschaftsunternehmen üben internationale Organisationen Hoheitsgewalt aus und sind nicht selber Träger von Menschenrechten. Ihre Regierungstätigkeit hat ein immer größeres Potential zur Beeinträchtigung der Rechte einzelner. Subjektive internationale Rechte sollten deshalb auch gegen sie richtbar sein. Tatsächlich geht die Diskussion um die Bindung internationaler Organisationen an Menschenrechte diesen Weg.¹⁸⁴ Konsequenterweise müssten dann auch Individualklagemöglichkeiten gegen die Organisationen eingeräumt werden. Solche Klagen waren bisher nur in einem sehr eingeschränkten Umfang gegen die EU möglich.¹⁸⁵ Symptomatischerweise sind aber Direktklagen Einzelner gegen die EU-Organe nur unter engeren Voraussetzungen zulässig als gegen die Mitgliedstaaten, wenn diese EU-Recht ausführen.¹⁸⁶ Diese Diskrepanz zwischen der Rechtskontrolle der EU-

¹⁸⁰ Catherine Colliot-Thélène, *Après la souveraineté: que reste-t-il des droits subjectifs?*, Jus Politicum: Revue de droit politique 2008 (<http://www.juspoliticum.com/>).

¹⁸¹ Report of the Special Representative of the Secretary-General on the Issue of Human Rights and Transnational Corporations and Other Business Enterprises, John Ruggie, 9. April 2010 (UN-Doc. A/HRC/14/27 (2010), Rn. 55).

¹⁸² In diesem Sinne auch John H. Knox, *Horizontal Human Rights Law*, AJIL 102 (2008), 1–47.

¹⁸³ Auch das von Antonio Cassese postulierte völkerrechtliche Individualrecht, nicht Opfer von Völkerrechtsverbrechen zu werden (siehe oben Text mit Fn. 107), dürfte keinen individualgerichteten Anspruch darstellen, sondern einen Schutzanspruch gegen den Staat und die internationalen Strafverfolgungsbehörden.

¹⁸⁴ Hierzu Anne Peters, *The Constitutionalization of International Organizations*, in: Neil Walker (Hrsg.), *Europe's Constitutional Mosaic within a Global Constitutional Order* (Oxford: Hart 2010, i.E.) mwN.

¹⁸⁵ Individualklage (Direktklage) zum EuGH auf Nichtigerklärung eines Aktes der Organe der EU nach Art. 263 Abs. 4 AEUV.

¹⁸⁶ In der Individualklage nach Art. 263 Abs. 4 AEUV muss keine Rechtsverletzung geltend ge-

Eigenverwaltung und der dezentralen Verwaltung durch die Mitgliedstaaten soll die Funktionsfähigkeit ersterer schützen, scheint aber unter *Rule of law*-Gesichtspunkten nicht gerechtfertigt.

c) Systemkonformität

Desweiteren muss der Einwand des Systembruchs durch die Anerkennung des subjektiven internationalen Rechts diskutiert werden. Laut Rainer Wahl ist der Einzelne „auf der dritten Ebene nicht selbst Rechtsinhaber und nicht potentieller Klageberechtigter, aber seine Interessen und Rechte sind im internationalen Bereich vertreten und repräsentiert durch den Staat als Treuhänder seiner Rechte und zugleich als der ihm im staatsrechtlichen Grundverhältnis Verpflichtete.“¹⁸⁷ Nach jener (in diesem Beitrag widerlegten) Ansicht ist „[d]ie Asymmetrie objektiver völkerrechtlicher Regelungen zugunsten der Einzelnen einerseits und fehlender Rechtssubjektivität und Klagbarkeit andererseits ... kein struktureller Mangel und keine Fehlkonstruktion“. Die Stellung des Einzelnen sei „eine dem Komplementärverhältnis von Völkerrecht und Staatsrecht entsprechende zusammengesetzte Rechtsposition.“¹⁸⁸

Hierauf ist zu erwidern, dass die Repräsentation der Einzelnen auf der internationalen Ebene durch ihre Staaten aus praktischen und systemischen Gründen nur eingeschränkt funktioniert.¹⁸⁹ Die „Treuhänderstellung“ des Staates ist *de facto* oft eine Vormundschaft, entweder weil der Staat keine Demokratie ist, oder weil außenpolitische, ökonomische oder fiskalische Erwägungen, kurz die Staatsraison, sein Engagement für die Interessen eines Einzelnen verhindern.

Allerdings bleibt das subjektive internationale Recht auf Akzeptanz durch die Staaten angewiesen. Die Staaten bleiben unverzichtbar als Durchsetzer der internationalen Rechte und Pflichten von Einzelpersonen. Sie sind unentbehrlich nicht nur als Bereitsteller der nationalen Gerichtsbarkeit, vor der sich Einzelne auf ihre internationalen Rechte berufen können, sondern auch als Herren der internationalen

macht werden, es reicht die faktische Tangierung von Individualinteressen. Dennoch sind die Voraussetzungen eng. Nach der sogenannten Plaumannformel „kann, wer nicht Adressat einer Entscheidung ist, nur dann geltend machen, von ihr individuell betroffen zu sein, wenn die Entscheidung ihn wegen bestimmter persönlicher Eigenschaften oder besonderer, ihn aus dem Kreis der übrigen Personen heraushebenden Umstände berührt und ihn daher in ähnlicher Weise individualisiert wie den Adressaten.“ (EuGH, Rs. 25/62, *Firma Plaumann & Co. v. Kommission*, Slg. 1963, 211 ff. (238); entgegen dem Antrag des Generalanwalts auf Ausweitung der Klagebefugnis bestätigt in EuGH, Rs. C-50/00 P, *Unión de Pequeños Agricultores*, Slg. 2002, I-6677, Rn. 36). Zwar hat der Lissabonner Vertrag die Vorschrift leicht textlich erweitert. Nach Art. 263 Abs. 4 AEUV wird neu Rechtsschutz gegen alle „Handlungen“ (nicht mehr nur gegen „Entscheidungen“) gewährt, soweit sie eine Person unmittelbar und individuell betreffen „sowie gegen Rechtsakte mit Verordnungsscharakter, die sie unmittelbar betreffen und keine Durchführungsmassnahmen nach sich ziehen.“ Diese Textänderung stellt keine Änderung der Sache dar, sondern passt nur den Vertragswortlaut an die Rechtsprechung an.

¹⁸⁷ So Rainer Wahl, *Der Einzelne in der Welt jenseits des Staates*, in: ders./Joachim Wieland (Hrsg.), *Das Recht des Menschen in der Welt: Kolloquium aus Anlass des 70. Geburtstags von Ernst-Wolfgang Böckenförde* (Berlin: Duncker & Humblot 2002), 59–109 (64; Hervorhebung der Verf.).

¹⁸⁸ *Ibid.*, 72.

¹⁸⁹ Anne Peters, *Dual Democracy*, in: Jan Klabbers/Anne Peters/Geir Ulfstein, *The Constitutionalization of International Law* (Oxford: OUP 2009), 263–241 (286–296).

Durchsetzungsmechanismen. Wenn ein Staat seine Unterwerfung unter eine internationale Kontrollinstanz zurückzieht, sind die Individuen insofern wieder schutzlos gestellt.

d) Keine citoyenneté

Rechtspolitisch betrachtet ist das subjektive internationale Recht ein Vehikel der ansatzweise Emanzipation des Menschen vom Staat. Der Mensch, Träger subjektiver internationaler Rechte, genießt im geltenden Völkerrecht den Status eines globalen *bourgeois* im doppelten Sinne eines Wirtschaftsakteurs und Trägers „unpolitischer“ internationaler Rechte, die seine persönliche Freiheit und Entfaltung absichern.¹⁹⁰ Demgegenüber sind internationale individuelle Rechte auf Beteiligung an der Völkerrechtserzeugung kaum entwickelt und nur punktuell vorhanden.¹⁹¹

Die aus dem subjektiven internationalen Recht fließende Einklagbarkeit des Völkerrechts ist in einem sehr bescheidenen Sinne eine Alternative zur demokratischen Mitwirkung an der Völkerrechtserzeugung, die noch unterentwickelt ist.¹⁹² Allerdings ist die Rechenschaftspflichtigkeit der öffentlichen Gewalt, die dieser durch Gerichte auferlegt wird, nur eine *ex-post* „accountability“ und nicht vorausschauend. Die Einhegung öffentlicher Gewalt durch die Justiz ist rechtsbasiert und kann nicht solche Interessen berücksichtigen, die keine rechtliche Grundlage haben. Sie betrifft Einzelfälle und nicht die Allgemeinheit. Somit sind Klage- und Beschwerdemöglichkeiten auf der internationalen und nationalen Ebene kein volles funktionales Äquivalent zu demokratischen völkerrechtlichen Rechtssetzungsverfahren. Die Rolle des *internationalen citoyen* als „(ein wesentlicher) Teil der Umwandlung der internationalen Rechtsordnung von einem Vattel'schen zwischenstaatlichen System in eine universelle konstitutionelle Demokratie, in der dem Individuum nicht nur universelle Rechte und Pflichten zugerechnet werden, sondern in dem es (unmittelbar) repräsentiert ist und in dem es an den internationalen Institutionen, die das internationale Recht erzeugen und anwenden, beteiligt wird“,¹⁹³ ist also noch entfernt.

¹⁹⁰ Vgl. Manfred Riedel, Bürger, Staatsbürger, Bürgertum, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Kosellek (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* (5. Aufl. Stuttgart: Clett-Cotta 1997), Bd. I: A-D, 672–725 (692, 707, 714). Verfassungshistorisch gedacht, ähnelt ihr Status dem der Bürger im deutschen Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts, denen gewisse Grundrechte (Eigentum und Freiheit) eingeräumt waren, jedoch kein allgemeines demokratisches Mitspracherecht.

¹⁹¹ Siehe oben Teil II.2.d).

¹⁹² Auch hier kann ein Vergleich mit dem deutschen Spätkonstitutionalismus, in dem Volksvertretungen keine allgemeine Befugnis zur demokratischen Gesetzgebung hatten, gezogen werden. Das subjektive öffentliche Recht erlaubte gerade nicht die Einklagbarkeit von Allgemeinbelangen, sondern nur der „privaten“ Interessen, so wie auch die Volksvertretung auf eine Mitverantwortung in „politischen“ Fragen verzichtete (Masing, *Mobilisierung des Bürgers* 1997 (Fn. 131), 66f.).

¹⁹³ Nijman, *International Legal Personality* 2004 (Fn. 5), 424 (Übersetzung und Hervorhebung der Verf.).

e) Humanisierung des Völkerrechts

Das subjektive internationale Recht hat im Ergebnis eine systemprägende Bedeutung für das gesamte Völkerrecht.¹⁹⁴ Erst dadurch wird der Einzelne in der internationalen Gemeinschaft als vollwertiges, also primäres, originäres, *Erga omnes*-Subjekt anerkannt. Denn trotz der verbalen Verbannung der völkerrechtspositivistischen Objektlehre aus dem aktuellen Diskurs bliebe es ohne die Zuerkennung des subjektiven internationalen Rechts bei einer Objektstellung des Menschen im Völkerrecht. Seine Qualifizierung als „derivatives“, „partiell“ und „partikuläres“ Völkerrechtssubjekt ist in Wirklichkeit nur eine Verbrämung seiner Lage als Gegenstand des staatlichen und zwischenstaatlichen Handelns.

Diese Entwicklung könnte mit dem historischen Effekt der Herausbildung des subjektiven Rechts im (deutschen) nationalen Recht verglichen werden. Auch hier war das subjektive öffentliche Recht ein maßgebliches Vehikel der Entwicklung vom Untertan zum Bürger.¹⁹⁵ Bereits mit der Konturierung des subjektiven (privaten) Rechts durch die Pandektistik des 19. Jahrhunderts war die Idee der individuellen Freiheit als Ratio des Privatrechts anerkannt worden.¹⁹⁶ Die zeitlich nachfolgende Konstruktion des subjektiven öffentlichen Rechts war ein zentraler Faktor der Zurückdrängung des (deutschen) Obrigkeitsstaates und der Herausbildung eines modernen, freiheitlichen Staates.¹⁹⁷

Das subjektive internationale Recht, Chiffre der neuen völkerrechtlichen Stellung des Menschen, ist ethischer Ausdruck eines normativen Individualismus.¹⁹⁸ Es ist gleichzeitig Überwindung der Hegel'schen Auffassung, nach welcher der Einzelne frei und ein Rechtssubjekt nur im und durch den Staat sein könne.¹⁹⁹ Das subjektive

¹⁹⁴ Evelynne Lagrange bezeichnete die immer dichter werdende Subjektstellung des Individuums im Völkerrecht als „le véritable changement“ des gegenwärtigen Völkerrechts (Lagrange, *L'efficacité* 2010 (Fn. 163), Kapitel 1, Teil 1a) (MS 5). Bereits die prinzipielle Anerkennung des Individuums als einer völkerrechtsfähigen Wirkungseinheit (unabhängig von der theoretischen Begründung) stellte einen „Durchbruch“ dar, der es erlaubt, die wachsende Rolle nichtstaatlicher Wirkungseinheiten (also auch etwa NGOs) von Beginn an völkerrechtlich-ordnend zu begleiten (Dahm/Delbrück/Wolfrum, *Völkerrecht* 2002, Bd. I/2 (Fn. 123), 267).

¹⁹⁵ Hartmut Maurer, *Allgemeines Verwaltungsrecht* (München: Beck 2009), § 8 Rn. 4 (165): „Ohne eigene Rechte wäre der einzelne dagegen bloß Untertan und Objekt staatlichen Handelns. Die Gewährleistung subjektiver Rechte ist eine der Grundbedingungen eines freiheitlichen, demokratischen, sozialen und rechtsstaatlich orientierten Staatswesens. Deshalb hat das subjektive Recht auch nach Erlaß des Grundgesetzes eine weitgehende Aufwertung erfahren.“

¹⁹⁶ „Der Gedanke des subjektiven Rechts hält die Auffassung lebendig, dass die individuelle Freiheit eine der grundlegenden Ideen ist, um derentwillen das Privatrecht existiert.“ (Coing, Begriff „subjektives Recht“ 1959 (Fn. 12), 23).

¹⁹⁷ Masing, *Mobilisierung des Bürgers* 1997 (Fn. 131), 56 und 62.

¹⁹⁸ Fernando Tesón definiert als normativen Individualismus das Beharren darauf, „dass unsere moralischen Konzepte letztlich auf individuelle Rechte und Interessen rückbezogen werden sollen“ (Fernando Tesón, *A Philosophy of International Law* (Boulder, Col: Westlake 1998), 27; Übersetzung der Verf.).

¹⁹⁹ Siehe Hegel, *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte* 1920 (Fn. 151), 89–90: „Dies Wesentliche nun, die Einheit des subjektiven Willens und des Allgemeinen, ist das sittliche Ganze und in seiner konkreten Gestalt der Staat. Er ist die Wirklichkeit, in der das Individuum seine Freiheit hat und genießt, Im Staat allein hat der Mensch eine vernünftige Existenz. Alle Erziehung geht dahin, dass das Individuum nicht ein Subjektives bleibe, sondern sich im Staate objektiv werde. ... Alles was der

internationale Recht ist ein Element des „jus cosmopoliticum“ in einem *Kant*'schen Sinne.²⁰⁰ Schließlich fundiert seine Anerkennung den Humanisierungstopos²⁰¹ dogmatisch. Das subjektive internationale Recht ist ein Baustein der Humanisierung des Völkerrechts.

Mensch ist, verdankt er dem Staat; er hat nur darin sein Wesen. Allen Wert, den der Mensch hat, alle geistige Wirklichkeit, hat er allein durch den Staat.“ *Ibid.*, 97: „Gesellschaft und Staat sind diese Zustände, in welchen die Freiheit vielmehr verwirklicht wird.“ Siehe auch *Christoph Enders*, Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung: zur Dogmatik des Art. 1 GG (Tübingen: Mohr Siebeck 1997), 243: „Wer als frei anerkannt sein will, muss in den staatlichen Zustand treten: Nur dort ist er Person, Rechtssubjekt“ (zu *Hegel*).

²⁰⁰ *Immanuel Kant*, Zum Ewigen Frieden (Stuttgart: Reclam 1984 (orig. 1795)), Abschnitt II, Dritter Definitivartikel. Siehe auch *ders.*, Die Metaphysik der Sitten, erster Theil, metaphysische Anfänge der Rechtslehre (orig. Königsberg 1798) in: *ders.*, Die Metaphysik der Sitten, Werkausgabe (3. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1978, hrsg. von Weischedel), Bd. VIII §62, 476 zum „jus cosmopoliticum“ (das *Kant* nicht als Recht auf politische Beteiligung auffasste).

²⁰¹ Siehe oben Text mit Fn. 11.

STEFAN MARTINI: Diskriminierung (rechts)extremer Meinungen nach Art. 5 Abs. 2 GG	279
ANTONIO D'ATENA: Staatszielbestimmungen und Verfassungswerte als Problem des Verfassungsrechts	305
LOTHAR MICHAEL: Abweichungsgesetzgebung als experimentelles Element einer gemischten Bundesstaatslehre	321
WALDEMAR HUMMER/JULIA VILLOTTI: Korruptionsbekämpfung auf internationaler und nationaler Ebene	339
MARKUS KOTZUR: Deutschland und die internationalen Beziehungen – „offene Staatlichkeit“ nach 60 Jahren Grundgesetz	389
ANNE PETERS: Das subjektive internationale Recht	411

Antrittsvorlesungen

ULRICH HUFELD: Vom Wesen der Verfassung Europas	457
MARGARETE SCHULER-HARMS: Sozialstaatlichkeit und europäische Integration: Eine aktuelle Positionsbestimmung.	477
ANDREAS VON ARNAULD: Die Rückkehr des Bürgers: Paradigmenwechsel im Europäischen und Internationalen Verwaltungsrecht?	497

Richterbilder

BERND RÜTHERS: Hans Brox – Verfassungsrichter – Hochschullehrer – Autor – Mensch	521
Vgl. NF 48 (2000), 253: Heyde (Hans Kutscher), m. w. N.; 55 (2007), 509: Benda (Konrad Hesse); 56 (2008), 261: Waldhoff (Erna Scheffler)	

Die Staatsrechtslehre in Selbstdarstellungen

KARL DOEHRING: Mein Leben als Jurist	535
Vgl. NF 58 (2010), 337: Bernhardt, m. w. N.	
HERBERT SCHAMBECK: Recht und Politik.	545
Vgl. die Nachweise zum vorigen Beitrag	

Berichte

Entwicklungen des Verfassungsrechts im europäischen Raum

JOSÉ MARÍA PORRAS RAMÍREZ: Die Institution der politischen Partei im Königreich Spanien	565
Vgl. NF 56 (2008), 479: Azpitarte; 57 (2009), 601: Balaguer Callejón	
XABIER ARZOZ: Verfassungsentwicklung im Baskenland (2000–2009)	603
Vgl. NF 43 (1995), 541: Corcuera Atienza	
OSMAN CAN: Parteiverbote in der Türkei: Instrument einer wehrhaften Demokratie?	635
Vgl. NF 32 (1983), 507: Hirsch; 36 (1987), 179: Rumpf	
ULRICH KARPEN: Der Distrikt Brčko – Verfassung und Recht	665
Vgl. NF 45 (1997), 290: Textanhang (Häberle); 50 (2002), 493: Sarčević	

Entwicklungen des Verfassungsrechts im außereuropäischen Raum

Amerika

ANTONIO M. HERNÁNDEZ: The Distribution of Competences and the Tendency Towards Centralization in the Argentine Federation	687
Vgl. NF 54 (2006), 713: Ferreyra	
Sachregister	703